

# Freie Presse.

Organ des werktätigen Volkes von Rheinland und Westfalen.

Er erscheint jeden Nachmittag außer Sonntagen.  
Abonnementspreis 60 Pfg. pro Monat in Elberfeld-Barmen auswärts 70 Pfg.  
Bei der Post unter Nr. 2799  
2 Mark pro Quartal.  
Einzel-Exemplar 10 Pfg.

Telegraphische Adresse:  
Freie Presse Elberfeld.

Haupt-Expedit. u. Redaktion: Elberfeld, Friedrichstr. 37. — Filial-Expeditoren: Barmen, Oberbörnerstr. 104. — Remscheid, Kirchhölzerstr. 1a. — Sagen, Hiesstr. 21. — Hirschhorn, Mühlengangsstr. 15.

Anzeigen: Die 6 gespaltene Zeilen 15 Pfg.  
Anzeigen im Restamt der 2 gespaltene Zeilen 50 Pfg.  
Größere Annoncen-Aufträge er-  
bitten wir einen Tag vor  
Ercheinen der betr. Ausgabe  
kleinere bis 10 Uhr Vorm.

Verantwortlicher 1411.

## Hierzu eine Beilage.

### Ein neuer brutaler Gewaltakt an der Unterweser.

Im vorigen Jahre um diese Zeit machten die Machthaber des „Norddeutschen Lloyd“ mobil, um den Arbeitern das Koalitionsrecht zu berauben. Der Comp glückte nicht, die Arbeiter gingen auf die Provokation nicht ein. Jetzt machen die Bauunternehmer denselben Versuch, und, wie es scheint, wollen sie in diesem Kampfe ihre brutale Macht aufs äußerste anspannen. Unser Bremer Parteiorgan, die „Bürger-Zeitung“, berichtet darüber:

Der jetzige Schlag, den das Unternehmertum ausführt, ist seit langer Zeit vorbereitet. Schon seit Monaten hat man versucht, die Arbeiter in den Streik hineinzutreiben. Aber die Arbeiter hatten gelernt, sie wichen aus. Ursprünglich hatten die Maurer Forderungen auf Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung bestehender Ungleichheiten im Verufe etc. eingereicht, Forderungen, die äußerst minimal und in anderen Städten, unter anderen auch in Bremen, längst durchgeführt waren. Die Zimmerer hatten keine Forderungen gestellt, sondern nur um Verhandlungen ersucht zwecks Herbeiführung eines korporativen Arbeitsvertrags. Die Bauhilfsarbeiter bewegten sich bezüglich ihrer Forderungen auf derselben Linie wie die Maurer. Alle drei Organisationen erwarteten, daß die Unternehmer mindestens zu Unterhandlungen bereit sein würden. Aber sie wurden enttäuscht, das Arbeitgebertum lehnte jegliche Verhandlungen ab, es bezeichnete das Ansuchen direkt als ein frivoles. Die Arbeiter merkten bald, woher der Wind kam. Die Arbeitgeber wollten den Kampf, je eher, desto lieber. Die Arbeiter taten ihnen den Gefallen nicht, sie beschloßen am 16. Februar d. J., die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen fortzusetzen, also von ihren sämtlichen Forderungen abzusehen. Damit, so glaubten sie, sei der Konfliktstoff wenigstens für dieses Jahr beseitigt und dem Unternehmertum gleichzeitig jeder Grund zu Provokationen entzogen. Es zeigte sich jedoch bald, daß man die Scharfmachergelüste der Arbeitgeber zu niedrig eintaxiert hatte. Ein neues Provokationsmittel hatten die letzteren nämlich bereits bei der Hand. Am Sonnabend den 20. Februar stellten sie an die Polizei die Forderung, bis zum 1. März aus der Organisation auszu-  
treten. Der Erfolg war jedoch abnorm ein negativer. Die Arbeiter beantworteten diese Maßnahme nicht, wie man gehofft hatte, mit dem Streik.

Mittlerweile mochte es den Scharfmachern nun wohl zum Bewußtsein gekommen sein, daß sie auf diese Weise nicht zum Ziele gelangen würden, genug, sie gaben ihnen Terroris-  
musversuchen eine andere Grundlage. Der Arbeitsnach-  
weis für das Baugewerbe trat ins Leben und wurde für die gesamten Angehörigen dieses Gewerbes obligatorisch gemacht. Die Bestimmungen des Arbeitsnachweises und die Handhabung derselben in der Praxis waren derart, daß das Bureau sich direkt als ein Maßregelungsbureau charak-  
terisierte. Mißliebige oder unbenutzen gewordene Arbeiter er-  
halten dort unter keinen Umständen Arbeit, sollten sie aber doch einmal durch einen Unternehmer eingestellt sein, so müssen sie auf Anordnung des Nachweisbureaus sofort wieder entlassen werden. Dem Publikum gegenüber steckte das Unternehmertum die scheinheiligste Miene auf, in ellenlangen Erklärungen suchte es den Nachweis sogar als eine „Wohlfahrt“ hinzustellen, mußte aber direkt zugeben, daß derselbe bei Streiks, Ausperrungen und anderen Differenzen zwischen Arbeitgeber und Ar-  
beitnehmer als Institution zur Heranziehung fremder Arbeitskräfte dienen sollte. Die Arbeiter wichen natür-  
gemäß dem Nachweis, sie sagten sich mit Recht, daß derselbe lediglich ein Instrument zur Zerstörung der Orga-  
nisation bilde und trotz aller gegenteiliger, scheinheiliger Versicherung lediglich zu diesem Zwecke geschaffen sei.

Das Unternehmertum holte nunmehr zum letzten Schlage aus; die Arbeiter waren ihm bisher in der geschicktesten Weise ausgewichen, um ihnen bekommen zu können, scheute es jetzt nicht vor Anwendung des brutalsten Terroris-  
mus. Ende voriger Woche wurden an die gesamten Arbeiter der genannten Werke Karten verteilt, durch welche die Arbeiter laut Unterschrift erklären sollten, daß sie den Unternehmer-  
Arbeitsnachweis als maßgebend für sich anerkennen. „Wer nach Ostern arbeiten will, hat diese Karte zu unterschreiben und abzugeben“, so diktierte das kampfs- und herrschsüchtige Unternehmertum.

Die Arbeiter waren sich des Ernstes der Lage wohl be-  
wußt, aber sie sagten sich: Bis hierher und nicht weiter! So lange es ging, so lange sie es mit ihrer Ehre vereinbaren konnten, waren die Arbeiter dem Kampfe ausgewichen, jetzt aber mußten sie standhalten. Mochte kommen, was da wollte, der Kampf war ihnen aufgegeben, er mußte aufgenommen werden. In drei überfüllten Versammlungen beschloßen die Angehörigen der drei Verufe, die Karten nicht zu unterschreiben. Die Arbeitgeber haben darauf ihre Drohung wahr gemacht.

Die gesamten Arbeiter im Baugewerbe, etwa 1000 an der Zahl, sind am Dienstag früh ausgesperrt worden.

In der bremsigen Bevölkerung herrscht über diesen unerhörten Akt des brutalsten Terrorismus die größte Aufregung, namentlich auch, da man annimmt, die Ausperrung werde noch weitere Kreise ziehen. Die Arbeiter sind aufs äußerste erbittert. Man sagt sich, daß es den Unternehmern in erster Linie auf die Zerstörung der Organi-  
sation ankommt. Man will Herr im Hause sein und die aufblühende Baukonjunktur, die eine noch stärkere sein wird, wenn erst das im Abtretungsvertrag zwischen Preußen und Bremen vorgesehene Bebauungsgelände erschlossen ist, für sich allein ausnützen.

Zugung von Maurern, Zimmerern, Bau-  
arbeitern etc. ist nach den Unterwerferorten  
Bremervorhaben, Geestemünde und Lehe streng  
fern zu halten.

### Politische Uebersicht.

#### Die Flottendemonstration an der Arbeit.

Nun macht auch der Deutsche Flottenverein offen Propaganda für die neue große Flottenvorlage. Das will was heißen; man entsetzt sich, daß bei den letzten großen Flottenvorlagen gleichfalls dieser Verein mit seinen Unter-  
männern einen außerordentlichen Einfluß auf den Reichstag ausgeübt hat. In seinem Jahresbericht für 1903 kündigt der Deutsche Flottenverein seine Agitation für das Flottengesetz an, wobei er besonders Gewicht darauf legt, daß der Verein 633.000 Köpfe zähle (wieweile seiner Mitglieder nur gezwungen dem Verein angehören, sagt er natürlich nicht). In dem Bericht heißt es, man sehe jetzt vor der Notwendigkeit, sich mit der Frage einer abermaligen erheblichen Verstärkung der deutschen Flotte ernstlich beschäftigen zu müssen. Man weiß jetzt, daß unter dieser Verstärkung eine Verneuerung der deutschen Schlachtflotte, also eine Durchbrechung des Flotten-  
gesetzes verstanden wird. Man darf gespannt sein, wann endlich die Marineverwaltung es an der Zeit finden wird, sich darüber zu äußern, ob sie gleichfalls derartige Pläne ver-  
folgt, für die mit so auffälligem Eifer Propaganda gemacht wird. Die „Frankf. Ztg.“ meint, die deutsche Presse, welche der Flottenverein für diese „Verbreitung“ einzufangen will, dürfte denn doch die Frage aufwerfen, welche Autorität eine Marineverwaltung beanspruchen könnte, die ihre Ansichten über das, was nützt, alle paar Jahre ändert, und deren dem Reichstage gegebene Versicherungen so schnell wieder preisgegeben werden.

Mit dem „Aufwerfen der Frage“ ist freilich nicht viel gewonnen. Die Autorität der Marineverwaltung hat durch deren bisherigen Verhalten schon recht bedenklich gelitten. Sie denkt sich aber nicht viel dabei, weiß sie doch, daß schließ-  
lich die bürgerliche Mehrheit sich dem höheren Willen beugen wird. Die Minister und Staatssekretäre von heute leben nicht von ihrer Autorität, sondern von der Gnade des höheren Willens.

#### Die Logo-Anleihe.

Der Gesekentwurf wegen Aufnahme einer Anleihe von 8 Millionen Mark für einen Eisenbahnbau im Logogebiet ist nunmehr im Reichstag zur Verteilung gelangt. Dürftiger, so schreibt die Freie Deutsche Presse, ist niemals ein Ge-  
sekentwurf begründet worden, der einen vollständigen Wechsel in der Anleihepolitik darstellt und an Stelle konsolidierter Reichsan-  
leihen besondere Anleihen für Spezialzwecke mit besonderen Tilgungsfristen einführen will, die natürlich nur erheblich geringer bewertet werden können. Alle Schatzsekretäre hatten bisher gegen Wiedereinführung einer solchen rückständigen Finanzpolitik verwahrt. Die Bauminister, auf die man sich für den Eisenbahnbau beruft, ist über kleine zweifelhafte Verträge nicht hinausgekommen. Weder ist die Bauminister, selbst wenn eine Kultur in umfassendem Umfang im Lauf der Zeit sich entwickeln sollte, ausreichend, um für eine solche Bahn auch nur die Betriebskosten zu decken, noch fällt der Eisen-  
bahntestament (120 Kilometer) im Vergleich zu den Trans-  
portkosten auf den dort befindlichen Straßen irgendwie erheblich in das Gewicht für den Gesekungspreis der Baumin-  
ster bis Bremen.

Wir meinen, es ist keine Zeit weniger geeignet wie die jetzige, solche Vorlagen anzubringen. Sie wird aber Ge-  
legenheit bieten, die ganze Kolonialpolitik einmal zu beleuchten. Die neuesten Mitteilungen über den Perero-Ausstand bilden dazu treffliches Material.

### Deutschland.

Berlin, 5. April.

Neues vom Aussehen. Wie der Berliner Korrespondent der „Frankf. Zeitung“ meldet, werden in letzter Zeit neu nach Berlin zuziehende Russen bei ihrer Anmeldung auf der Polizei einem scharfen Verhör unterworfen. Sie müssen über ihre Vermögensverhältnisse, ihre Herkunft und ihre Absichten in Berlin genau Auskunft geben. Erst wenn diese befriedigend ausfällt, wird ihnen der Aufenthalt gestattet, jedoch mit dem Bemerkung, daß sie als Ausländer nur geduldet werden und ihnen die Aufenthaltserlaubnis jederzeit entzogen werden kann. Wie polnische Blätter berichten, sollen aus Galizien oder russisch-Polen zuziehende Ausländer, sogar solche, die nur zum vorübergehenden Aufenthalt hier eingetroffen waren, auf der Polizei direkt vor jeder Beteiligung an der polnischen oder sozialistischen Bewegung gewarnt worden sein.

Das Herrenhaus wird am 14. d. M. wieder zusammen-  
treten und an diesem Tage u. a. die Vorlage betr. die  
Einküfer-Regulierung beraten. Am 15. April wird sodann  
das neue Aufsehlungsgezet auf die Tagesordnung gesetzt  
werden.

Ultramontane Dividendenjäger. Die von einer Ge-  
werkschaftsbäckerei in Berlin verteilten Dividenden haben  
der ultramontanen Presse schon wiederholt Anlaß gegeben,  
sich über „sozialdemokratische Dividendenjäger“ zu ent-  
reisten. Daß die biedereren Zentrumsorgane aber gar keine  
Ursache haben, sich in solcher Weise über die „sozialdemo-  
kratischen“ Genossenschaften zu entreisten, beweist ein Vorgang,  
der sich kürzlich in München abspielte. Dort besteht ein  
Konsumverein, der von bürgerlichen Elementen geleitet wird.  
Dieser hat nach dem Vorschlag der Verwaltung für das abge-  
laufene Geschäftsjahr 8 Prozent Dividende bezahlt. In der  
Generalversammlung wurde von der Opposition vorgeschlagen,  
nur 7 Prozent zur Verteilung zu bringen und diese erzielte  
Ersparung zur Gehaltsaufbesserung für das Personal zu  
verwenden. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt und  
zwar unter Mitwirkung der anwesenden christlichen Arbeiter,  
unter denen sich auch der Hauptführer der christlichen Gewerks-

schaftsbewegung in Bayern befand. Von dieser Dividenden-  
schinderei auf Kosten der Angestellten erzählen natürlich die  
Zentrumsblätter nichts.

#### Sie lügen daß die Balken brechen.

Die Antisemiten meinen wir, trotz ihrer Berichtigungen.  
Genosse Bebel sieht sich veranlaßt, der antisemitischen  
„Staatsbürgerzeitung“ folgende Erklärung zu schicken:  
„Die Nr. 744 der Staatsbürger-Zeitung vom Montag  
den 28. März, die mir erst jetzt zu Gesicht kommt, enthält in  
ihrem Leitartikel über den Anfall der Hschopauer Wahl u. a.  
folgende Bemerkungen in bezug auf mich:  
„Am Abende vor seiner Ankunft ließ im Hotel Gerichts-  
schenke ein Telegramm folgenden Inhalts ein: „Bitte die  
drei besten Zimmer für mich zu reservieren. Bebel.“ Die  
drei Zimmer wurden reserviert und Bebel hat in ihnen resi-  
diert wie ein Färl.“

Diese Angaben sind von A bis Z erlogen.  
Die Wahrheit ist: Freunde von mir ließen ein einfaches  
Zimmer für mich reservieren, das ich mit dem üblichen  
Preise bezahlte.

A. Bebel.

Jeder, der Bebel kennt, weiß, wie bescheiden dieser in  
seinen Ansprüchen ist. Aber ähnliche Lügen und Fälschungen,  
wie die hier von Genosse Bebel berichteten, enthält der  
Artikel der Staatsbürger-Zeitung noch mehrere. Die Wahl-  
vorgänge im Hschopauer Wahlkreis haben wieder einmal die  
alte Wahrheit bestätigt, daß es eine gemeinere und  
verlogenerere Partei, als die antisemitische ist,  
nicht gibt.

Wutig zurück weicht immer weiter Fürstbischof Kopp.  
Er hat auch den zweiten Klageantrag gegen die Zeitung  
„Gornostalaz“, besonders gegen den Redakteur Kowalezyk  
und Genossen bei dem Benthener Landgericht zurückgezogen.  
Der Kardinal empfiehlt den Geistlichen, auch ihrerseits die  
an diesen Klageantrag angeschlossenen Anträge zurückzu-  
nehmen.

Eine Reihe von Geistlichen hat allerdings in den letzten  
Tagen die ihnen von Zeugen und dem Benthener Prozeß ge-  
machten Vorwürfe in Abrede gestellt. Aber das will nichts  
heißeln; die Zeugen erklärten jedenfalls unter ihrem Eid, daß  
sie auch dann, wenn ihnen die von ihnen beschuldigten  
Geistlichen gegenübergestellt würden, bei ihrer Aussage obleiben  
müßten.

Neuerdings bestreitet Kaplan Smytalla in Rybnik in der  
„Schles. Volkszeitung“, daß er Kowalezyk und Korsant  
Rohköpfe genannt habe und daß er den Leuten in der Kirche  
gefragt habe, er könne ihnen Kowalezyk für die Wahl nicht  
empfehlen.

Eine schärfere Bestrafung des Spiels in auswärtigen  
Kotterien soll herbeigeführt werden. Dem Landtage ist bereits  
ein diesbezüglicher Gesekentwurf zugegangen.

Nationalliberale Bekenntnisse. Die Nationall. Korre-  
spondenz berichtet in einer Polemik gegen die Berliner  
Zeitung, die ganze nationalliberale Partei stehe auf dem  
Standpunkte, dem jüngst der Abg. Dr. Krause in Magde-  
burg Ausdruck gegeben hat, daß Ausnahmegezetzen gegen die  
Sozialdemokratie nicht zugestimmt werden könne.  
Solche Bekenntnisse von Anhängern der Fraktion Dreh-  
scheibe haben keinen Bissertling Wert. Das zeigt sich jetzt  
wieder an ihre Haltung zur preussischen Wahlrechtsfrage.  
Kürzlich erklärten nationalliberale Organe, daß sie fest-  
halten am Prinzip des allgemeinen, gleichen,  
direkten und geheimen Wahlrechtes auch für  
den preussischen Landtag.

Jetzt aber erklärt derselbe Abgeordnete Dr. Krause, daß  
Reichstagswahlrecht auf Preußen zu über-  
tragen sei untunlich. Er ist für den nichtstagnanten  
freikonservativen Antrag. Und die Zuhörer in der national-  
liberalen Versammlung johlten Beifall!

Mit der württembergischen Gemeindereform beschäf-  
tigte sich der zu Ostern in Stuttgart stattgefundene Parteitag  
unserer württembergischen Genossen. Nach einem eingehenden  
Referat des Genossen Klotz fand eine Resolution Annahme,  
in der es heißt:

„Die Landesversammlung sieht weder in der heutigen Ge-  
meindeverfassung mit den besoldeten Gemeinderäten und den beiden  
an Zahl gleichen Kollegien eine der Erhaltung werter Eigentüm-  
lichkeit des württembergischen Gemeinderechts, noch kann sie in  
dem Regierungsentwurf oder in den Beschlüssen der Kommission  
entfernt die Erfüllung ihrer Forderungen erblicken.“

Die Landesversammlung hält für die Gemeindeform beson-  
ders an folgenden grundlegenden Forderungen fest: 1. Durchfüh-  
rung des Prinzips der Einwohnergemeinde; 2. Allgemeines, gleiches,  
direktes und geheimes Wahlrecht zur Gemeindevertretung unter  
Anwendung des Proportionalitätssystems; 3. Einkammerismus für  
Gemeindevertretung und Verwaltung; 4. Aufhebung der Lebens-  
fähigkeit aller Ortsvorsteher, auch der im Amte befindlichen;  
5. Sicherung der Gemeindeautonomie durch Beschränkung des  
staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Kenntnisnahme und  
der Beanstandung ungezügelter Akte; 6. Übertragung der Orts-  
polizei an die Gemeindeverwaltungen.

Zu den Bestimmungen über die Verfassung der großen Städte  
(Stuttgart, Ulm, Heilbronn) erklärt die Landesversammlung:  
Sollen in diesen Städten zwei Kollegien geschaffen werden, so ist  
der Stadtrat vom Gemeindefollegium aus seiner Mitte durch  
Proportionalwahlverfahren zu wählen. Den Vorsitz führt in  
beiden Kollegien der Stadtvorstand. — Die gesamte Verwaltung,  
soweit sie nicht im Bureauwege zu führen, ist in Kommissionen  
der Stadtvorordneten aufzustellen, in denen die Mitglieder des  
Stadtrates den Vorsitz führen und proportional seiner Stärke  
vertreten sind.“

#### Regierung und Krankenkassen.

In Dresden hat am Dienstag unter dem Vorsitz des  
Ministers v. Meisch im Ministerium des Innern unter Be-  
teiligung von Abteilungspräsidenten und Räten des Ministeriums,  
ferner des Kreishauptmanns v. Ehrenstein zu Leipzig, des  
stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrate Geh. Rates  
Dr. Fischer von Berlin, des Präsidenten des Landes-  
medizinalkollegiums Dr. Buschbeck und der ärztlichen Berate  
des Ministeriums des Innern und der Kreishauptmannsch-

Leipzig eine eingehende Besprechung und Beratung über den Streit der Ärzte mit der Leipziger Ortskrankenkasse, dessen Ursachen und Entwicklung, die in dieser Angelegenheit einzunehmende Stellung der Regierung, sowie die im weiteren Verlaufe der Sache nach Beenden der gegenwärtigen Maßnahmen stützenden. Der hierbei erfolgte Meinungs- und Austausch soll zu vollem Einverständnis über die besprochenen Punkte geführt haben.

Jedem welche näheren Mitteilungen über die Richtung, nach der hier das „volle Einverständnis“ erzielt worden ist, werden nicht gemacht.

**„Kleine politische Nachrichten.“** Man schreibt der Berliner „Vorwärts-Zeitung“ aus München: Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst zu Hohenlohe-Schillingen, soll, wie bereits erwähnt, den Wunsch zu erkennen gegeben haben, seines Amtes enthoben zu werden. In seinem Nachfolger ist, wie hier verlautet, Prinz Leopold von Bayern anzuversetzen. Sein Vater, Prinzregent Luitpold, soll diesem Plane zugestimmt haben. — Einem Telegramm der „Agence Havas“ aus Santiago de Chile zufolge hat das neue Ministerium, das erst vor einigen Wochen die Regierung übernommen hatte, schon wieder seine Entlassung gegeben. — Lemberger Polenblätter wird aus Warschau gemeldet, die russische Regierung beabsichtigt nicht, den dort in Verwahrungshaft gehaltenen polnischen Abgeordneten Ritter v. Orłowski, der aus Wien wegen Betrügereien geflüchtet ist, dem österreichischen Gericht auszuliefern. Orłowski habe in Wien jahrelang Spionage für Rußland betrieben und deshalb im Vertrauen auf Laubbart für die Rußland geleisteten Dienste sich nach Warschau geflüchtet.

### Schweiz.

**ac. Ueber den außerordentlichen Parteitag der Schweizer Sozialdemokraten** wird uns noch folgendes berichtet. Der Hauptteil der Diskussion galt der Stellung der Schweizer Sozialdemokratie zu den Militärfragen, und nach außerordentlich lebhaften und interessanten Debatten wurde endlich ein Kompromiß-Entwurf Studer-Napin angenommen, der eine erhebliche Reduktion der militärischen Ausgaben verlangt, das Verbot der Verwendung von Truppen bei Streiks fordert, die Militärpflicht aufheben will, bei außerordentlichen Ausgaben von mehr als 1 Million Entscheidung des Volkes und endlich die Befreiung des Wehrmanns in militärischer sowie ökonomischer Hinsicht fordert.

Allerdings soll „aus taktischen Gründen“ vorläufig noch von Ergreifung der Initiative abgesehen werden.

**„Öffentliche Interessen und Wasserrecht.“** Die Frage der Wahrung der öffentlichen Interessen bei der Ausbarmachung von Wasserkräften wird voraussichtlich demnächst in der Schweiz gesetzlich geregelt werden, für die bei ihrem gegigigen Charakter die Angelegenheit von erheblich größerer Bedeutung ist, als für jedes andere Land. Wie aus Bern berichtet wird, hat der Schweizer Nationalrat einstimmig einen Antrag für erheblich erklärt, durch den der Bundesrat zur Berücksichtigung darüber ersucht wird, ob nicht durch ein Bundesgesetz von Seiten der Behörde Maßnahmen zur Wahrung der öffentlichen Interessen bei der Ausbarmachung von Wasserkräften getroffen werden sollen.

### Frankreich.

**Paris, 6. April. (S. B.).** In Abgeordnetenkreisen wird die Bildung des parlamentarischen Sonderausschusses zur Prüfung der Marineverwaltung viel besprochen. Wie es heißt, wird die Zusammenstellung desselben Ende dieser Woche erfolgen. Als Mitglieder werden genannt: Clemenceau, Jaures, de Lamoignon, Doumer, Meche, Lengues etc.

Großes Aufsehen erregt hier die gestern Abend stattgefundene Verhaftung des Präsidenten und zweier Verwalter der Zentralbank für Mobiliar- und Industrie-Kredit. Wie die Blätter berichten, war gegen die Bank eine Untersuchung eingeleitet worden, die zu der Entdeckung führte, daß die Bank ungeheure Summen (man spricht von 50 Millionen Francs) verschleudert hat. Die Gesellschaft war mit einem Kapital von 4½ Millionen Francs gegründet worden und hatte angeblich ihren Hauptsitz in Brüssel, um das französische Gesetz von 1867 zu umgehen; die Belegschaft wurden größtenteils in Frankreich umgeworben und nur wenige im Ausland verkauft. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß der Hauptsitz der Bank sich tatsächlich in Paris befindet und daß der Vorsitzende wie auch die Verwalter Franzosen sind, das Unternehmen fällt somit unter französische Jurisdiktion. Der verhaftete Präsident Batez hatte vor drei Tagen sein Amt niedergelegt. Die bisher eingeleiteten Forderungen belaufen sich auf nur 200 000 Francs, man spricht aber von ganz bedeutenden Passiven. Wie es heißt, soll eine hochgestellte Persönlichkeit in die Angelegenheit verwickelt sein.

### Der russisch-japanische Krieg.

Nach allen Anzeichen zu schließen, glaubt man, daß nun bald ein entscheidender Schlag auf dem Lande geführt werde. Da der Vormarsch der Avantgarde der ersten japanischen Armee so schnell vor sich geht, wird in russischen militärischen Kreisen die Ansicht ausgesprochen, es müsse bald eine Armee zur Verteidigung der Südmandschurei vereinigt werden, die der japanischen Zahl gleichstehe, also gegen 75 000 Mann zähle. Jedenfalls steht zu erwarten, daß am Yalu der erste größere Zusammenstoß zwischen den beiden Landarmeen der Russen und der Japaner erfolgen wird. Nach Meldungen aus Seoul gehen die Japaner in Eilmärschen auf den Yalu vor. Am Dienstag besetzten sie Cholsan und Sunchon, etwa 40 Kilometer von Widschu. Auf Befehl des Kaisers von Korea begab sich der Gouverneur von Pingjang nach Widschu, wo ein japanischer Prinz als Offizier der Garde-Kavallerie stationiert ist; der Gouverneur soll ihm seine Gastfreundschaft anbieten. Die Japaner haben einer Peroldmeldung zufolge sechs Kanonen, welche die Russen von Schungtschu nach Antung befördert hätten, in Antung vorgefunden. Die Japaner schreiben die Notwendigkeit der russischen Konzentration am mandschurischen Yalu-Müßer hauptsächlich dem Mangel an Pontonmaterial zu, machen sich aber darauf gefaßt, das unter dem Schutze der neuen russischen Befestigungen die japanischen Versuche, den Yalu zu überschreiten, Störungen erfahren werden.

Nach einer Meldung aus Tokio steht es außer jedem Zweifel, daß Japan bis zur Stunde nur den kleineren Teil seines Heeres mobil gemacht hat, und zwar im ganzen sechs Divisionen von den vorhandenen dreizehn aktiven Divisionen.

### Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie.

N. Chemnitz, 5. April.

Die erworbenen Seine der Chemnitzer Genossen, dem Maale Kolosseum senden sich heute die Vertreter der Sozialdemokratie zur Beratung über sächsische Angelegenheiten. Es waren 56 Delegierte aus allen Wahlkreisen, die Vertreter der Agitationskomitees und die von denen 17 anwesend sind, erhöht sich

die Teilnehmerzahl auf 85. Vom Parteivorstande war Genosse Gerlich entbunden worden.

Die Beratungen begannen mit dem Berichte des Parteivorstandes. Ueber die Klassenverhältnisse und den Stand der Organisationen konnte nur abgesehen werden. Es ist im letzten Jahre auf allen Gebieten und in allen Kreisen in erfreulicher Weise vorwärts gegangen. In den zum Teil sehr lebhaften Verhandlungen beschäftigte man sich aber weniger mit dem Stande der Parteiorganisationen und Parteifinanzen, es wurde vielmehr schon durch den Genossen Sandermann, der den Bericht des Parteivorstandes als erster Referent gab, die Niederlage im 20. Reichstagswahlkreise (Schöps-Marienbergr) und der damit im Zusammenhang stehende neue Fall Göhre in den Vordergrund der Verhandlungen gerückt. Außerdem lag noch ein durch den Fall Göhre veranlaßter Antrag der Parteigenossen des 7. Wahlkreises (Meißen-Großenhain) vor, der den Agitationskomitees ein Mitrederecht bei Aufstellung von Reichstagskandidaten sichern will.

Genosse Sandermann wies in seinem Referate auf den glänzenden Wahlsieg der sächsischen Sozialdemokratie im Juni vorigen Jahres hin. Leider sei durch die Niederlage in Schöps-Marienbergr ein bitterer Vermittlungsfall in die Tagesordnung gefallen. Dann kommt er auf den Fall Göhre zu sprechen und weist darauf hin, daß G. erst vor kurzem ein Mandat niedergelegt habe. Göhre habe dadurch gezeigt, daß es ihm an der elementaren Erkenntnis fehle, daß ein Mandat der Partei und nicht ein zufälliger Erfolg gebühre. Seit die gesamte Parteipresse habe anerkannt, daß Göhre mit seinem Mandate einen unerhörten Mißbrauch getrieben habe. Im Oktober 1903 habe er im 15. Reichstagswahlkreise ein Mißtrauensvotum erhalten; dennoch habe er wenige Wochen später die Kandidatur im 20. Wahlkreise angenommen. Göhre hätte nicht aufgestellt werden dürfen, das Vorgehen der Genossen im 20. Kreise sei ein schwerer Fehler gewesen und die Kandidatur Göhre unter den obwaltenden Umständen ein Ding der Unmöglichkeit. (Lebhafter Zustimmung) Eine Einigung sei mit Göhre nicht zu erzielen gewesen. Die Komitees hätten nicht ruhig zusehen können, wie gewissermaßen ein Preis auf die Disziplinlosigkeit gesetzt worden sei. Ein Einverständnis sei im Interesse der Partei geboten gewesen. Wäre die Kandidatur Göhres aufrecht erhalten worden, hätte es einen Enttäuschungssturm in der Partei gegeben. Es ist falsch, in dem Vorgehen der Komitees die Ursachen der Niederlage zu suchen. Der Kreis hätte auch mit Göhre als Kandidaten verloren gehen können. Wie dem auch, jedenfalls dürfte bei einer sozialdemokratischen Wahl nicht die persönlichen Eigenschaften des Kandidaten ausschlaggebend sein, sondern unsere Ziele, unser Programm. Unsere Partei sei stark geworden unter einer strengen Disziplin. Wenn jeder Wahlkreis auf eigene Faust Politik treiben würde, würden bald ähnliche Zustände bei uns eintreten wie in Frankreich. Wenn der 20. Wahlkreis verloren gegangen sei, wäre das weniger den Auseinandersetzungen über den Fall Göhre als dem Umstande zuzuschreiben, daß die Organisation des Kreises außerordentlich schwach und auch die Verbreitung der Presse im Kreise liege. (Beifall.)

Der zweite Referent, Genosse Branne hob hervor, die Agitationskomitees seien in einer schlimmen Lage gewesen. Hätten sie nicht eingegriffen, hätte man ihnen von der einen Seite Vorwürfe, jetzt kämen die Angriffe von der anderen. Die Parteigenossen des 20. Wahlkreises hätten den schweren Fehler begangen, ohne Verständigung mit dem Parteivorstande die Kandidatenaufstellung vorgenommen zu haben. Es sei keine Vorangekommenheit gegen Göhre gewesen, die das Komitee veranlaßt habe gegen die Kandidatur Göhre vorzugehen. Man habe sehr wohl die Person von der Sache getrennt, aber man hätte dem Parteivorstande nicht zuzustimmen können, ein Spiel mitzumachen, das eine Komödie geworden wäre. — Im übrigen weist Genosse Branne, der Kassierer des Parteivorstandes, noch darauf hin, daß größere Mittel notwendig sind, wenn die Genossen Sachien ihre Aufgaben in der Agitation erfüllen sollten. Es sei bedauerlich, daß in einigen Kreisen noch Wochenbeiträge von durchschnittlich zwei und drei Pfennigen für die Parteiorganisation erhoben würden und infolgedessen noch immer lediglich die Zeitschriften und Leipzig Mittel für das Parteivorstande zur Verfügung stellten könnten.

In der darauf folgenden Debatte vertrat zunächst Müller-Glauchau die Ansicht, daß die Genossen im 20. Wahlkreise mit der Aufstellung Göhres einen Fehler gemacht hätten. Es sei bedauerlich, daß mit Göhre ein solcher Personenkultus getrieben worden sei. Als ein ebenso großer Fehler sei in dem Vorgehen der Komitees zu erblicken. Man hätte unter seinen Umständen sonst gehen dürfen, ohne Rücksicht auf die nachteiligen Folgen für den Wahlausfall, die bekannte Erklärung gegen Göhre zu veröffentlichen.

Genosse Nieked-Schöps versucht das Verhalten der Genossen in dem sogenannten Wahlkreise zu rechtfertigen. Es sei nicht wahr, daß sie bei der Aufstellung Göhres ohne jede Prüfung mit den Komitees vorgegangen seien. Sie hätten sich vielmehr erst in Berlin beim Parteivorstande befragt, dort sei ihnen gesagt worden, in die Angelegenheiten des Kreises reden wir nicht hinein. Dann hätten die Vertrauensleute des Kreises beschloffen, Göhre aufzustellen. Darauf habe das Chemnitzer Agitationskomitee erklärt, wenn Göhre kandidiert, bewilligen wir keinen Mann und keinen Franken. (Lebhafter Beifall im Publikum.) Noch schärfer hätten sich einzelne Genossen ausgesprochen wie Genosse Nieked. Hätte Göhre sofort berichtet, als die Komitees es verlangten, hätte man ihn sicher wieder Vorworte gemacht. Er wolle nur noch betonen, daß Göhre den Genossen des 20. Kreises nicht nachgelaufen, daß er diesen vielmehr aus dem Wege gegangen wäre. Er sei der Ansicht, daß die Niederlage nicht auf die schwache Organisation des Kreises zurückzuführen sei, sondern auf das Eingreifen und Vorgehen der Komitees. (Lebhafter Beifall.) Bei einem Teile der Zuhörer. Außerdem sei Einfluß viel zu anständig für die Antisemiten gewesen, auch die besseren Redner der Partei hätten im Wahlkreise nicht in genügenden Maße zur Verfügung gestanden.

Demmer-Geyer: Es sei jedenfalls ein Fehler gewesen, Göhre in Vorschlag zu bringen. Sein Wahlkreis, der an die Persönlichkeit des Herrn Kandidaten gebunden sei, habe keinen großen Wert. Wir wollten Sozialdemokraten haben, keine Wilschläger.

Fischer-Brünnlich (Reichstagsabg.): Es handelte sich bei dem Fall Göhre nicht in erster Linie darum, ob die Komitees ein Recht gehabt hätten, in der Weise vorzugehen, wie sie tatsächlich vorgegangen waren. Es sei nicht richtig, daß die Landeskonferenz oder das Parteivorstande bisher ein Vetorecht bei Aufstellung von Kandidaten gehabt habe. Die demokratische Freiheit sei in der Partei nur durch das Programm begrenzt, aber nicht durch die Willkür einzelner Personen. (Widerpruch und Zustimmung.) Eine gewisse Selbstständigkeit der Wahlkreise müsse erhalten bleiben. Was solle werden, wenn nach Annahme des Antrages der Parteigenossen des 7. Wahlkreises das Parteivorstande seinen Kandidaten des Kreises nicht akzeptieren wollte? Wer solle da entscheiden? Uns sei das sächsisch-preussische Regierungssystem zu viel in Fleisch und Blut übergegangen. Leipzig und Dresden würden sich die Vorteile des Parteivorstandes auf keinen Fall gefallen lassen. Man hat Göhre beinahe die parteigenösslichen Ehrenrechte genommen, aber nicht die Gesamtheit habe das getan, sondern eine autoritative Behörde, als welche sich die Komitees gezeigt hätten. Man hätte Göhre, der ja entschieden einen Fehler gemacht hätte, den Kopf waschen können, man aber nicht in so autoritativer Weise eingreifen dürfen. Der Redner ersucht schließlich darum, den Antrag aus dem 7. Kreise abzulehnen.

Lehmann-Oberhau erörtert die Kandidatenfrage vom Standpunkte der Genossen des 20. Wahlkreises und protestiert dagegen, daß man diesen Wahlkreis bevorzugen wolle. Zur Aufstellung Göhres habe der Kreis keine Erlaubnis bedurft, denn nach dem § 3 des Organisationsstatutes könne jeder Kreis seine Angelegenheiten selbst regeln. Man habe daher den Kandidaten aufgestellt, den man für den geeignetsten gehalten habe. Wahgebend war für uns, daß er vollständiger Parteigenosse ist, und das würde man nicht bestreiten können.

Gerlich-Berlin: Im Falle Göhre sei die Parteileitung ein-

gegangen, die sich herausgestellt habe, daß sich Göhre über die Angelegenheiten gegen die Gesamtpartei hinweggesetzt habe. Er habe sich von allen Voreingenommenheiten gegen Göhre frei und er habe, daß er den Streich begangen hat. Aber wenn man sagt, Göhre habe in der Aufstellung das Mandat niedergelegt, ist darauf zu erwidern, daß Göhre in einer Rechtfertigung ausdrücklich bemerkt, es sei nicht ein Akt der Zustimmung gewesen, er würde unter ähnlichen Umständen wieder so handeln. Es ist ihm neu, daß Göhre angegeben habe, einen Fehler begangen zu haben. Er sei überzeugt, daß der Parteivorstand wenig danach strebe, sich in die Angelegenheiten des Kreises einzumischen, aber wenn er angerufen werde, müsse er auch das letzte Wort haben.

In der Nachmittags Sitzung wird zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen, sodann werden einige Anträge vom Redner begründet. Unter anderem befürwortet Gen. Schöps eine Resolution, die eine neue Einteilung der Agitationsbezirke empfiehlt und Gen. Goldstein verlangt in einem Antrage die Errichtung einer Zentralstelle zur Sammlung gegen die Arbeiter gerichteter Polizeiverfügungen und Gerichts-urteile.

Gen. Leipzig führt zum Falle Göhre aus, die Genossen des 20. Kreises betreffen sich mit Unrecht auf den § 3 des Organisationsstatutes, denn dieser Passus gebe den Wahlkreisen nur das Recht, lokale Parteiangelegenheiten selbstständig zu ordnen. Den Genossen des 20. Kreises habe er dringend empfohlen, nicht außerhalb Sachsens auf die Kandidaturfrage zu geben. Es bedürfe ihn schmerzlich, daß man wieder im 22. noch im 20. Wahlkreise keinen Rat befolgt und alte erprobte und bewährte Genossen in Sachsen zurückgeheißelt habe. Die ganze Sache sehe aus, als wolle Göhre die Genossen brüskieren. Hätte er die Kandidatur von vornherein abgelehnt, wäre der ganze Spektakel nicht gekommen.

Hausold-Chemnitz: Das Chemnitzer Agitationskomitee ist vor allem der Ansicht gewesen, es wäre auch in Sachsen möglich, geeignete Kandidaten zu finden. Noch ehe das Komitee zu der Kandidatenfrage Stellung nehmen konnte, hätten schon einige Genossen aus dem 15. Wahlkreise für Göhre in Schöps-Marienbergr Stimmung gemacht. Die Hauptarbeit im 20. Wahlkreise sei von jeder von Chemnitz aus beordert worden; es sei daher nur zu natürlich, daß die Chemnitzer ihren Einfluß nachdrücklich geltend gemacht hätten.

Goldstein-Zwickau spricht sich sehr scharf gegen Göhre aus. Er hebt hervor, daß Göhre auf Vorschlag erklärt habe: „Wie soll ich für die Partei arbeiten, wenn man mir ein Mandat nach dem andern abnimmt!“ Alle die alten Genossen, die er in der Vergangenheit sehr, hätten unter den schwierigsten Verhältnissen ohne Mandate gearbeitet. In rastloser Tätigkeit und unzähligen Opfern hätten sie aus den sozialdemokratischen Minoritäten in den Kreisen Majoritäten gemacht. Und jetzt kommen Leute, die nicht arbeiten können, wenn sie kein Mandat haben. Da müsse man auf den Gedanken kommen, daß gewisse Leute nur deshalb zur Partei kämen, weil man niemand so schnell ein Mandat bekommen könne, wie in der sozialdemokratischen Partei, unter solchen Umständen sei es berechtigt, diesen Leuten zuzurufen: Ihr seid Mandatjäger, aber keine Parteigenossen. Göhre hätte, als er sah, daß sich die ganze Partei gegen ihn lehnte, verzichtet und sich sagen müssen: Jetzt wirt Du von unten heraus dienen. Das hat er aber nicht getan. Er hat sich vielmehr an die Kandidatur geklammert. Es kam daher zu der peinlichen Auseinandersetzung und zu der schließlichen Niederlage.

Reisner-Dresden verteidigt das Vorgehen des Komitees und beschließt sich mit den Organisationsverhältnissen im 20. Wahlkreise.

Nieked-Chemnitz wendet sich scharf gegen die Genossen aus dem 20. Wahlkreise, die in ihrer verzögerten Stimmung nicht mit der nötigen Energie gearbeitet hätten. Ja, vom Vertrauensmann des Kreises, dem Genossen Nieked, sei ihm mitgeteilt worden, er werde dafür sorgen, daß Nieked durchfalle. Nieked bezeichnet das als Lüge. Im übrigen wendet sich Nieked noch scharf gegen Göhre. Er betont unter anderem: Wenn in anderen Parteien einzelne Offiziere ohne Soldaten daständen, kämen sie zur Sozialdemokratie, wo die Soldaten sofort anmarschiert kämen. Darauf wurde die Debatte auf den nächsten Tag vertagt.

### Soziales.

**„Eine wichtige Entscheidung für hilflose Verletzte hat jetzt das Reichsversicherungsamt gefällt.“** Es wird uns darüber geschrieben:

Die Unfallversicherungs-Gesetze vom 30. Juni 1900 enthalten folgende Bestimmung:

Ist der Verletzte infolge des Unfalls nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch derart hilflos geworden, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann, so ist für die Dauer dieser Hilflosigkeit die Rente bis zu 100 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes zu erhöhen.

Es ist nun vielfach die Frage erörtert worden, wie es mit der Hilflosenrente bei Unfällen steht, die schon vor dem 1. Oktober 1900, dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, passiert und entschädigt worden sind. Die Vertreter verletzter Arbeiter meinten, dieser Vorteil gegenüber der früheren Rechtslage müsse auch den Hilflosen zugute kommen, die infolge von Betriebsunfällen schon vor dem 1. Oktober 1900 Renten bezogen. Sie verwiesen auf § 27 des „Mantelgesetzes“ der Unfallversicherungs-Gesetze, worin es heißt: „Die Bestimmungen der Unfallversicherungs-Gesetze, insoweit sie für die Berechtigten günstiger sind, finden auch Anwendung auf die Feststellung von Entschädigungsansprüchen aus Unfällen, welche sich vor dem Inkrafttreten dieser Gesetze ereignet haben, sofern diese Ansprüche bereits nach den bisherigen Unfallversicherungs-Gesetzen begründet waren und zu jenem Zeitpunkt über dieselben noch nicht rechtskräftig entschieden ist.“ Das Reichsversicherungsamt (erweiterter Senat) stellte sich aber scharf in dem Präjudiz 156 auf den Standpunkt, daß aus einem vor dem 1. Oktober 1900 geschehenen Unfall niemals die Hilflosenrente zugesprochen werden könnte, wenn auch die Hilflosigkeit erst nach dem 1. Oktober 1900 eingetreten sei.

In seiner letzten Sitzung hatte sich nun der erweiterte Senat des Reichsversicherungsamtes von neuem mit der Frage zu beschäftigen. Es handelte sich um eine Frau, die infolge eines schon 1893 erfolgten Betriebsunfalles die Rente für völlige Erwerbslosigkeit bezog. Ihr Geist war schließlich einer Art Blödsinn verfallen. Im Jahre 1902 wurde für sie die Hilflosenrente beantragt. In einem ärztlichen Attest wurde bescheinigt, daß sie jetzt so hilflos sei, daß sie ohne Wartung und Pflege anderer nicht bestehen könne. Das Schiedsgericht wies aber den Anspruch auf Erhöhung der bezogenen Rente (66⅔ Prozent des Jahresarbeitsverdienstes) auf hundert Prozent des Jahresarbeitsverdienstes ab, indem er sich auf das erwähnte Präjudiz des Reichsversicherungsamtes berief.

Der verhandelnde Senat des Reichsversicherungsamtes, an den die Sache infolge Rekurses kam, überwies sie dem erweiterten Senat. Nach langer Beratung hob dieser das Urteil des Schiedsgerichts auf und verurteilte die Berufungsgenossenschaft zur Gewährung der Hilflosenrente im höchstzulässigen Betrage. Präsident Gabel bemerkte in der Urteilsbegründung: Unter Aufhebung des früheren Präjudiz nehme jetzt der Senat zugunsten der Verletzten an, daß ihnen bei Unfällen, die schon vor dem 1. Oktober 1900 passiert sind und entschädigt wurden, eine Hilflosenrente dann zuzuflehen, wenn die Hilflosigkeit nach dem 1. Oktober 1900 eingetreten sei. Das wäre hier der Fall.

### Genossenschaft.

**„Die Verhältnisse in Elberfeld.“** Der neuwählgewählte Vorstand von Schöps-Marienbergr streng fernzuhalten um Abdruck des Volksstaus des Elberfelder Verbands.

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

Der Verbandsinspektor Schöps-Marienbergr hat, daß die Genossen auf zurückzuführen bandstagen die zu eigen und mit aller Genugtuung, die ihnen hierzu möglich ist, einer Erörterung stattfinden. Wonach die unter den Elberfelder Verbands an

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Inland.

**\* Die Arbeiter der Möbelfabrik von Reinhold Marckner in Elberfeld** (ca. 60 Personen) sind wegen Nichtbewilligung der neunmonatigen Arbeitszeit in den Ausstand getreten. Zugang von Schreibern, Maschinenarbeitern und Polierern ist streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht. Zuschriften sind an das Streikbureau im Volkshaus Hochstraße zu richten.

**Gesler Verbandstag der Portefeiniller und Leder-Galanterie-Arbeiter Deutschlands.**

Der Verbandstag tagte in Offenbach. Der Gewerkschaftsinspektor Engeln und der Assistent Ingenieur Schweigert wohnten teilweise, besonders den Verhandlungen über die Heimarbeit, bei. Die Meinungen gingen dahin, daß der größte Teil der Mitglieder im Portefeiniller-Gewerbe auf die ausgedehnte Hausindustrie dieser Branche zurückzuführen ist. Aus diesem Grunde macht sich der Verbandstag die Beschlässe des 1. Heimarbeiterkongresses zu eigen und verpflichtet für die Durchführung dieser Beschlässe mit aller Energie wirken zu wollen. Ferner findet ein Antrag, Tarifvereinbarung mit dem Unternehmer anzu-bahnen, einstimmige Annahme und wird der Vorstand zu den hierzu nötigen Schritten beauftragt. Ueber die Einführung einer Erwerbslosigkeits-Unterstützung soll eine Abstimmung stattfinden. Nach einer Einigung mit dem Buchbinderverband, wonach die Portefeiniller erklären, in Zukunft nicht mehr unter den Gläubigern agieren zu wollen, ist der Kampf beendet und damit ist der Anschluß des Portefeiniller-Verbands an die Generalkommission vollzogen.

## Lokales.

### Elberfeld — Barmen.

Elberfeld, 7. April 1904.

**\* Morgenrot.** Die Nummer 4 der Agitationszeitschrift Morgenrot ist erschienen und kommt von Samstag ab zur Ausgabe. Die Nummer hat folgenden Inhalt: Der Frühling ist da! Zeitgedicht von H. K. — Durchlauchtigster Prinz und russischer Jude. — Vom Schlachtfeld der Arbeit. — Christliche Schamlosigkeit. — Die Sticker-Partei. — Der Heimarbeiter-Schutzkongress. — Sind die Gewerkschaften zu Erlangung der politischen Macht notwendig? II. — Briefe über Grundsätze und Taktik. I. — Die Kirche hat einen guten Magen. — Geisteskranken. — Achtundbentag und Geschäftsreisen. — Jettison: „Schiffbrandsgras“.

**\* Achtung, Gummiwandwerker!** In der Gummiwandfabrik von Krawow u. Giffert in Machendorf, Böhmen, sind die Arbeiter am 2. April in den Ausstand getreten, weil ihre Forderungen, Zahlung der Wartezeit und Auszahlung eines Lohnanteils nicht bewilligt wurden. Die Firma Krawow und Giffert hat hier ihren Sitz und wird daher versuchen, hier Arbeitswillige nach ihrer Zweigniederlassung in Machendorf zu werben. Wir dürfen wohl erwarten, daß dies nicht möglich wird, zudem die Löhne in Machendorf noch wesentlich unter den hier gezahlten stehen.

**\* In den Ausstand getreten** sind gestern mittag die Arbeiter der Möbelfabrik von Reinhold Marckner, weil die Forderung der neunmonatigen Arbeitszeit nicht bewilligt wurde. Es kommen hierbei circa 60 Arbeiter, wie Schreiner, Maschinenarbeiter und Polierer in Betracht. Das Streikbureau befindet sich im Volkshaus. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß aus dem Wuppertal den Streikenden keine Verräter erfolgen.

**\* Zur Lohnbewegung der Zimmerer.** Laut Beschluß der letzten Zimmererverammlung legten bei denjenigen Meistern, die den Tarif nicht anerkannten und der Zimmermeistervereinigung nicht angehören, die Gesellen die Arbeit nieder. Ein Teil davon konnte sofort anderswo untergebracht werden, während die übrigen abreisten. Wie uns mitgeteilt wird, steht die Sache für die Gesellen günstig, weil einmal nur ein kleiner Bruchteil der Arbeiter in Betracht kommt und 17 Meister den Tarif anerkannt haben und weil in kurzer Zeit die Hochkonjunktur im Baugewerbe hier am Ort beginnt. An den Gesellen wird es nun liegen, daß das Erreungene auch für die Zukunft festgehalten werden kann. Vorab ist der Zugang nach hier streng fernzuhalten und dann haben die hiesigen Gesellen nur dort Arbeit anzunehmen, wo sie ihnen von der Lohnkommission angewiesen wird. Auch ist der Lohnkommission sofort Mitteilung zu machen, wo evtl. Arbeitswillige in Arbeit treten. Gesperrt sind die Zimmerplätze von Schall, Bracht, Schönbach, Holsbach, Kollerer und Köpfer, W. Emde, Speckbach und Quincker.

**\* Zur Landtagswahl.** Die Nationalliberalen von Elberfeld und Barmen waren gestern Abend im Hotel Schützenhaus zu Barmen versammelt, um die Aufstellung der Kandidaten für die Wahl zu vollziehen. Zwei Herren waren zur engeren Wahl gestellt: Oberrealschuldirektor und Stadtverordneter Dr. Dingmann von hier und Fabrikant Ferdinand Bartels von Barmen, 3. Jt. in Düsseldorf wohnend. Bei der entscheidenden Abstimmung erhielt Herr Bartels 113 Stimmen, Herr Dr. Dingmann 81, somit ist Herr Bartels der Kandidat des freisinnig-nationalliberalen Kartells und seine Wahl zum Landtagsabgeordneten so gut wie sicher.

Als Politiker ist, wie die nationalliberale Elberfelder Zeitung seiner Zeit hervorhob, Herr Bartels noch nicht hervorgetreten, obwohl er das respectable Alter von 70 Jahren bereits erreicht hat. Der Mann ist ein erfolgreicher Industrieller und nennt sich nationalliberal, und das genügt den Nationalliberalen als Befähigung zum preussischen Landtagsabgeordneten. Herrn Dr. Dingmann sind diesmal die Jelle fortgeschwommen, was diesem strebsamen, in vielen Lagen sich zurechtfindenden Manne höchst unangenehm sein wird. Daß dieses Malheur aber auch ihm, dem Musterbild eines Nationalliberalen, passieren mußte!

**\* Elberfelder Stadttheater.** Clarence Whitehill, welcher bekanntlich mit Abbruch dieser Spielzeit unsere Bühne verläßt und einem Rufe nach Köln folgt, hat am Sonnabend den 9. April sein Abschieds-Vorspiel. Der beliebte Künstler wird bei dieser Gelegenheit den „Botan“ in Richard Wagners „Waltüre“ singen. Es ist wohl sicher anzunehmen, daß der Künstler ein in allen Rängen dicht besetztes Haus erhält.

Buntes Theater gab es gestern, ein wenig allzubunt,

aber vielleicht angebracht für das zahlreiche Publikum, das ausnahmsweise den ersten Rang füllte. Die Aufführung erfolgte zum Besten der humanitären Einrichtungen der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger. Als Zugmittel hatte man Herren und Damen aus der „besseren Gesellschaft“ gewonnen, die diesmal ausnahmsweise so tanzten, wie aufgeführt wurde. Im allgemeinen sind diese Herrschaften es beinahe ungeschickte geblieben. Die Hauptnummer des Abends war die Balletpantomime „Pierrot“, und man kann der jetzigen sowie der früheren Balletmeisterin, Frau M. Ohlen-dorf und M. Angelus, nur alle Anerkennung zollen für das gewiß nicht mühselige Einstudieren der Pantomime. Ferner nennen wir die Monna-Banna-Barodie, die Aufführung von „Zwölf Mädchen und kein Mann“, sowie „Ein Abend beim Kärstner Orlowski“, zwischen durch kamen zahlreiche Solovorträge der ersten Künstler des Stadttheaters. Wir gehören nicht zu denen, welche diese Form der Vortragsweise rühmen, aber immerhin: ein unterhaltungsreicher Abend war es und auch der Zweck dürfte durch eine bedeutende Einnahme in hohem Maße erreicht sein.

**\* Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission** ersucht die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften möglichst sofort die Zahl der etwa verlangten Protokolle vom Heimarbeiterkongress beim Genossen Ertler, Dombühl 58, zu bestellen.

**\* Staatsanwalt Müller,** bekannt aus dem Kwidloff-Prozess, ist zur Uebernahme des Amtes eines Staatsanwalts beim hiesigen Landgericht eingetroffen.

**\* Die Eheverurteilung eines Polizeiergeanten.** Der Polizeiergeant Holland hatte trotz seines „antireligiösen“ Dienstes Zeit gefunden, in heißer Liebe zu der Frau eines Reisenden in der Ottenbrucherstraße zu entbrennen. Die Frau konnte dem nicht widerstehen und so entwickelte sich zwischen beiden ein sehr inniges Verhältnis. Der Polizist verbrachte die Nächte statt in seiner ehelichen Wohnung bei seiner Geliebten, die seinen Mann sich auf der Reise abgabte, um den nötigen Unterhalt für seine Frau und seine beiden Kinder zu erwerben. Wie alles ein Ende hat, so auch dieses Verhältnis. Als der Reisende an Otern von der Tour zurückkehrte, kam er hinter die Geschichte. Und nun rückt das Liebespaar aus, niemand weiß wohin. Die Frau ließ zwei Kinder, der Polizist ein Kind zurück.

Von allen dem scheint unser Amtsblatt, der Täg. Anz., nichts zu wissen. Es schreibt heute nur, der Polizeiergeant Holland habe am 5. d. M. seinen hiesigen Dienst unberechtigt verlassen und sich heimlich von hier entfernt. Gründe dienstlicher Art, welche Genannten zu diesem Schritt hätten veranlassen können, lägen nicht vor. Nicht wahr, sehr rücksichtsvoll!

**\* Gewischt** wurde gestern ein Fuhrmann auf feuchter Tat, als er eine in der Grünwaldbergerstraße gestohlene Zoppe mit Wäsche in einem Pfandgeschäft versetzte.

Barmen, 6. April.

**\* Bei der Stadtverordneten-Wahl** in der ersten Abteilung, die heute vormittag getätigt wurde, wurde Herr Bölling ohne Gegenkandidat glatt gewählt. Die Freisinnigen hatten, genau so wie wir es vorausgesetzt haben, auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichtet. Die Begründung dieser Verzichtleistung auf eine selbständige Wahlaktion, die gestern durch den Vorstand der freisinnigen Partei veröffentlicht wurde, hätte man sich gut sparen können. Es heißt in dieser Begründung, weil Herr Bölling nicht vom Kartell, sondern von der nationalliberalen Partei selbständig aufgestellt worden, so die freisinnige Partei von der Aufstellung eines Gegenkandidaten ab. Das ist Spiegelfechterei, denn in Wirklichkeit ist die Aufstellung des Herrn Bölling unter Zustimmung der Konservativen erfolgt, und das Zentrum wird auch seinen Segen dazu gegeben haben.

**\* Die nächste Sitzung der Gewerkschaftskommission** findet umständehalber erst in 14 Tagen, also am 21. April statt. Die Delegierten werden gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

**\* Das Halten gebildeter Vögel.** Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß das Halten gebildeter Vögel strengstens untersagt ist. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden mit Geldstrafen bis zu 30 Mark oder entsprechender Haftstrafe belegt.

**\* Ladendiebstähle.** Gegen zwei Ehefrauen von hier ist das Strafverfahren wegen Diebstahls eingeleitet worden. Den Frauen konnten 19 Ladendiebstähle, die sie gemeinsam ausgeführt haben, nachgewiesen werden. Die gestohlenen Sachen haben einen Gesamtwert von 267 Mark. Ein Teil der beschlagnahmten Sachen mußte den Frauen zurückgegeben werden, weil nicht nachgewiesen werden konnte, ob diese Sachen gestohlen waren. Die Frauen sind Mütter von 6 bzw. 7 Kindern.

**\* Verhaftet.** In der Eichenallee in den Anlagen wurde gestern ein Kommiss aus Elberfeld festgenommen, der sich den Passanten gegenüber in Mergernis erregender Weise zeigte.

## Provinzielles.

**\* Essen a. d. Ruhr, 6. April.** Der Regierungspräsident von Mynsberg, forderte die in Frage kommenden Landratsämter zur Berichterstattung über die durch die Stilllegung von kleineren Ruhrzweigen entstehenden Schäden auf. Er wünscht zu wissen, inwieweit die verminderte Arbeitsgelegenheit zur Erhöhung der Unzufriedenheit unter den Arbeitern beiträgt.

**\* Essen a. d. Ruhr, 6. April.** Auf der Zeche „Felicitas“ wurden mehrere Arbeiter verschüttet. Nach mühevoller Bergungsarbeit gelang es, die Verschütteten hervorzuholen. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei sind schwer, mehrere leicht verletzt.

## Tages-Chronik.

**\* Stuttgart, 6. April.** Der Direktor des allgemeinen deutschen Versicherungs-Vereins, Rechtsanwalt Georgii wurde gestern Abend gegen 6 Uhr in der Nähe des Postplatzes von einem entlassenen 28-jährigen Beamten des Versicherungsvereins aus Mache durch einen Schuß in die Hüfte verwundet. Der Attentäter brachte sich darauf selbst drei Schüsse bei und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Verwundung des Direktors ist verhältnismäßig leicht.

**\* Wien, 7. April.** In der Redaktion des „N. Wiener Journals“ erschien gestern die Gräfin Fjeltitz mit ihrem Sohne, dem Leutnant Fischer, und versetzte nach längerer erregter Diskussion dem Chefredakteur Wilhelm Riehl mit der Hand mehrere Schläge ins Gesicht, da das genannte Blatt über das Vorleben der Gräfin einen Artikel gebracht hatte.

## Depeschen und neueste Nachrichten.

Der russisch-japanische Krieg.

**Hb. Petersburg, 7. April.** Die letzten Telegramme vom Kriegsschauplatz berichten. Die Concentration der Japaner auf dem linken Yalu-Ufer. Dieselbe geht ohne Schwierig-

keiten vor sich. Bis jetzt haben die Japaner 4 Divisionen, im Ganzen 80 000 Mann gelandet.

**Hb. Paris, 6. April.** Wie aus Petersburg berichtet wird geht dort das Gerücht, daß zwischen Kosaken und japanischer Kavallerie im Norden Koreas in der Nähe von Kusudjoo ein Zusammenstoß stattgefunden habe, wobei die Russen gezwungen worden seien, sich vor der Ueberrnacht der Japaner zurückzuziehen. Weiter wird aus Petersburg gemeldet: Großfürst Nikolai hat als Offizier auf dem Kreuzer „Nowik“ Dienst genommen.

**Hb. London, 7. April.** „Daily-Tele.“ meldet aus Tokio: Sämtliche Russen haben sich jenseits des Yalu-Flusses zu rückgezogen.

**Hb. London, 6. April.** Der russische Botschafter Graf Benckendorff erhielt vom Minister des Aeußern die bindigste Versicherung, daß eine Verletzung russischer Interessen in Tibet seitens Englands gänzlich ausgeschlossen sei.

**Hb. London, 6. April.** Nach einer Depesche aus Tokio würde namentlich von Kantschow aus ein lebhaftes Gefeht mit Port Arthur betrieben. Schurken, die die Blockade Port Arthurs brechen wollen, verlassen den Hafen von Tsingtau unter dem Anschein einer Fischerflotte. Sie stehen unter einem gemeinsamen Führer, der bei drohender Gefahr signalisiert. Die Schurken zerstreuen sich dann in alle Richtungen um sich später an einem im voraus bestimmten Rendezvousplatz wieder zu sammeln.

**Hb. London, 6. April.** Aus Tientsin wird telegraphiert, daß 10 000 Mann russischer Truppen mit drei Kompanien Artillerie in einiger Entfernung von Tientsin zusammengezogen sind, wahrscheinlich bei Liaoyang. Auf den Westforts am Liaofluß sind Geschütze montiert worden.

**Hb. Tschifu, 7. April.** Die Russen haben gestern bei Kantschow zwei japanische Spione verhaftet; dieselben waren im Besitze der Pläne der neuen Befestigungswerke.

**Hb. Tokio, 7. April.** Marants Ito hatte gestern eine Unterredung mit mehreren Ministern und höheren Beamten. Er legte Rechenschaft ab über seine Mission nach Korea. Auch andere wichtige Staatsangelegenheiten sind beraten worden.

**Hb. Berlin, 7. April.** Oberst Leutwein telegraphiert aus Olahandja: 80 Wilbois und die erste Feldkompanie sind am 2. cr. von Windhuk nach Olahandja abgerückt. Nach Aussagen von Gefangenen und Ueberläufern steht die Hauptmacht der Hereros bei Oqanjira, andere Abteilungen bei Otatumba und Katjavia. Major v. Gafenapp ist (wie bereits bekannt) am 1. cr. von Dwislororo nach Otjiskoko vorgerückt. Eine Truppe der Otjimbinger Hereros ist in der Nacht vom 29. zum 30. März bei Teufelsbach ostwärts über die Bahn gegangen. Von Olahandja ist eine Kompanie mit der Eisenbahn vorgegangen.

**Hb. Hamburg, 7. April.** Hier herrscht ein furchtbarer Nordwest-Sturm, der der Schifffahrt allenthalben schweren Schaden zugefügt hat. Bei Luebe sank ein Ewer. Die Mannschaft suchte in einem Nachen Zuflucht und flammerte sich dort an; es gelang jedoch nicht, die Schiffbrüchigen zu retten, da ein Boot in die Nähe der Unglücksstelle nicht gebracht werden konnte.

**Hb. Hiedom, 7. April.** Ein orkanartiger Sturm brach gestern am Spätnachmittag aus. Die See riß die Schleusen-tore los, trat über die Quaimauern und setzte die ganze Stadt unter Wasser. An der Schiffsbrücke stieg die Flut 1 1/2 Mr hoch, die in der Nähe liegenden Häuser stark gefährdet.

**Hb. Bukarest, 6. April.** Heute wurde der Zolltarif in 2. und 3. Lesung mit 81 gegen 10 Stimmen angenommen nachdem sehr wenige kleine Abänderungen vorgenommen waren. Der Zoll auf Vögel und landwirtschaftliche Maschinen wurde von 12 auf 4 Francs für 100 Kilo herabgesetzt.

**Hb. London, 6. April.** „Daily Mail“ will wissen, zur Deckung des Fehlbetrages im neuen Staatshaushalt werde der Schatzkanzler u. a. einen Einfuhrzoll auf Petroleum und dessen Erzeugnisse vorschlagen.

**Hb. Newyork, 7. April.** Der Minoritätsbericht des Senats gegen die Anarchisten-Bill erklärt es für un-demokratisch, daß eine Klasse geschaffen werde, deren Leben besser geschützt sein soll, als andere Staatsbürger. Bei einer Volksabstimmung in Chicago stimmten 80 Proz. für die Munizipalisierung der Straßenbahnen. In Milwaukee hat sich das sozialistische Votum verdoppelt, so daß es nunmehr dem republikanischen gleich steht.

## Griechen.

**M. S. 304.** In diesem Falle kann das Zeugnis nicht verweigert werden. Die Bücher kosten: I. 15 Pfg., II. 40 Pfg., das III ist vergriffen.

**Fordern Sie** in den Kolonialwaren-Handlungen Profekt über Grüner & Neu, Seifenfabrikate u. über Grüner & Neu große Gratis-Verteilung.

## Gesundheitliche Nahrungsmittel.

**Königliche Dreifach-Marmelade 30 Pfg.**

**Car. reiner Schleuderhonig. 50 Medaillen.**

**Dr. med. Lindtner's hygien. Fruchtsaft-Marmelade.**

**Palmfruchtbutter,** seine Pflanzenbutter, bräunt vorzüglich, angen. Geschmack. Alleinverkauf Reformh. Bld. nur 60 Pfg.

Großer Verkauf von

**Apfelsinen von 2 1/2 Pfg. an,**

**allerfeinste dunkelrote Blutorange 4 1/2 Pfg.,**

**Kühe, Datteln, Feigen, Mandeln, Rosinen.**

**Gesunde Konserven,**

feinste Qual., zu herabgesetzten Preisen.

**Junge Erbsen 2 Pfd. 40 Pfg. — Ia. Broch- oder**

**Schnittbohnen 2 Pfd. 32 Pfg.**

**Preisselbeeren, hochfein, nur 32 Pfg.**

**Hohenlohe'sche Mosen, Suppen, Nudeln, Gesundheits-Brat,**

**Zwiebad, Kaffee, Kaffee.**

**Reform-Haus**

Carl August Heynen,

**Barmen, Elberfeld, Solingen,**

**Stewenstraße 9, Luisenstraße 44, Kaiserstraße 228.**



### Zum internationalen Kongress.

Das internationale sozialistische Bureau ladet jetzt ein, an dem vom 14. zum 20. August 1904 in Amsterdam (Holland) stattfindenden internationalen Kongress teilzunehmen.

Das Bureau hat folgende Tagesordnung beschlossen:

1. Prüfung der Mandate;
2. Wahl des Bureaus; Bildung der Sektionen; Feststellung der Tagesordnung;
3. Bericht des Sekretariats;
4. Berichte der Nationen;
5. Internationale Regeln der sozialistischen Politik; Resolution über die Taktik der Partei (Sozialistische Partei von Frankreich);
6. Kolonialpolitik (Sondman: Sozialdemokratische Föderation von England, und Van Kol: Sozialistische Partei von Holland);
7. Auswanderung und Einwanderung (Sozialistische Partei der Republik Argentinien);
8. Generalstreik (Revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei von Frankreich, und Sozialistische Partei von Holland);
9. Sozialpolitik und Arbeiterversicherung (Mollenhuth: Sozialdemokratische Partei Deutschlands). — Der Achtstundentag (Gewerkschaftsbund Dänemarks);
10. Trübsis und Arbeitslosigkeit (Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten von Amerika)

### Verchiedene Fragen.

11. Schutzlohn und Freihandel (Unabhängige Arbeiterpartei Englands);
12. Militarismus (Unabhängige Arbeiterpartei Englands);
13. Der Alkoholismus und die Schulen (Sozialdemokratische Föderation von England);
14. Gewerkschaftsbewegung und Politik (Gesellschaft der Arbeiter von England);
15. Internationale Schiedsgerichte (Unabhängige Arbeiterpartei von England);
16. Arbeiterwohnungen (Nationaler Verein für Arbeiterwohnungen in England);
17. Internationale Solidarität (Verein der deutschen, österreichischen und ungarischen Sozialisten in der Schweiz).

Das Bureau erinnert alle sozialistischen Vereinigungen und die gewerkschaftlichen Organisationen an die auf dem Londoner Kongress (1896) gefassten Resolutionen, die 1899 auf der Wiener Kongress ergänzt und vom Pariser Kongress (1900) bestätigt wurden, und welche die Zulassung zu den internationalen Kongressen folgendermaßen regeln:

### Londoner Resolution.

1. Die Vertreter von Organisationen, die sich als Ziel gesetzt haben, an Stelle der kapitalistischen Eigentumsordnung und Produktionsweise die sozialistische zu setzen und welche die gewerkschaftliche und parlamentarische Aktion als eines der Mittel betrachten, die notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen;

2. Die Vertreter der rein gewerkschaftlichen Organisationen („Trade-Unions“) die ohne am politischen Kampf teilzunehmen, die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Aktion anerkennen. Die Anarchisten sind also ausgeschlossen.

### Brüsseler Resolution.

1. Alle Vereinigungen, die Anhänger der wichtigsten Grundsätze des Sozialismus sind: Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel; einheitliche und gemeinsame internationale Aktion der Arbeiter; sozialistische Eroberung der öffentlichen Gewalt durch das als Klassenpartei organisierte Proletariat;

2. Alle beruflichen Organisationen, welche sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und die Notwendigkeit der politischen, also der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Aktion anerkennen, obwohl sie nicht in direkter Weise an der politischen Bewegung teilnehmen.

Gemäß den Beschlüssen, die bei der Konferenz das Bureau am 7. Februar gefasst wurden, sind nachstehende Bestimmungen für die Prüfung der Kongressmandate getroffen worden:

Die Delegierten der verschiedenen nationalen Gruppen sollen sich am Morgen des ersten Kongressstages mit ihrem Mandat ausweisen, um gegen Erlegung von 10 Francs für jeden Delegierten, eine provisorische Eintrittskarte zu erhalten, die ihnen ausgeteilt wird entweder durch ihre nationale Sektion, oder das Organisations-Komitee des Kongresses.

Die Mandate werden anerkannt in den nationalen Sektionen durch Mehrheitsbeschluss. In letzter Instanz prüft der Kongress selbst, entscheidet also über die angefochtenen Mandate.

Der für die internationalen Verhandlungen gemietete Saal ist der des Kongresshauses (Congresgebouw), in Amsterdam.

### Genève—Remscheid—Mettmann.

\* Remscheid, 6. April. Die Niederlassung von Dominikanerinnen zur Krankenpflege wurde vom Kultusminister genehmigt. Auch wurde denselben gestattet, eine Kindererzieherschule für Kinder katholischer Religion einzurichten, wogegen ihnen die Errichtung einer Handarbeitschule verweigert wurde.

Genève, 6. April. Im Versorgungshaus für Mütter und Säuglinge hier selbst wurden im verflochtenen Jahre 74 Mütter und 102 Kinder versorgt und wurden, dank sachgemäßer ärztlicher Leitung, gute Erfolge erzielt. Zur Beschaffung weiterer Mittel, um die Bestrebungen dieser Anstalt fördern zu können, hat, wie uns geschrieben wird, die Regierung die Genehmigung zu einer Hauskollekte für die Kreise Mettmann, Elberfeld, Solingen (Stadt und Land) erteilt.

a. Gaan, 6. April. Am Sonntag den 10. April, nachmittags 5 Uhr, findet die ordentliche General-Versammlung des Volksvereins statt. Außer Abrechnung, Berichterstattung von der Kreisversammlung, sowie Maifair wird eine Berichterstattung über die hiesige Friedhofsanlage gegeben, und ist es zu wünschen, daß sämtliche Mitglieder zur Stelle sind. Die Bezirkskassierer werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie pünktlich erscheinen, um mit dem Kassierer abrechnen zu können, damit Störungen während der Versammlung vermieden werden.

t. t. Neuviges-Tänisheide, 7. April. Die am Karfreitag stattgefundene Mitgliederversammlung des Allg. Arbeitervereins hatte nicht den gewünschten Besuch zu verzeichnen, trotzdem der Vorstand den Genossen B. Gröndhoff aus Elberfeld zu einem Vortrag gewonnen hatte. Es scheint jedoch bei solchen Veranstaltungen an dem nötigen Interesse der Mitglieder zu fehlen, und ersuchen wir, in Zukunft bei derartigen Veranstaltungen für besseren Besuch zu agitieren. Das liegt nicht nur im Interesse der Mitglieder, sondern auch in Rücksicht auf den Vortragenden. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, erläuterte die Delegierten Bericht von der Partei-Konferenz in Ronsdorf, und wurden in der darauf folgenden Diskussion die Beschlüsse derselben durchgelesen. Genosse Gröndhoff hielt dann einen Vortrag über die gegenwärtige politische Lage. Mit Spannung verfolgten die Anwesenden seine Ausführungen. Redner behandelte die weiten Gebiete der inneren und äußeren Politik, besprach den russisch-japanischen Krieg, sowie den in Deutschland, z. B. üblichen Russenkur. Mit lebhaftem Beifall wurde der Vortrag aufgenommen.

Es mag hier noch erwähnt sein, daß in der Kommissions-Sitzung beschlossen worden ist, die Maifair durch einen gemeinsamen öffentlichen Auszug, nachmittags, Sammelplatz bei Wirt Lange, punkt 2 Uhr und abends 7 Uhr Konzert zu feiern, und ersuchen wir die Mitglieder schon jetzt fleißig für diese Feier zu agitieren.

### Hagen—Schwelm.

h. Schwelm, 5. April. Der Arbeitergesangsverein „Vorwärts“ bereite am 2. Overtage durch Aufführung des Theaterstücks „Das verlorene Paradies“ der Schwelmer Arbeiterpartei einige sehr genussreiche Stunden. Eine ziemlich große Besucherzahl folgte dem Spiel mit wachsender Aufmerksamkeit; waren es doch die eigenen Kämpfe und Leiden, die hier zur Darstellung gelangten. Diese lebenswahren Zeichnungen sind es auch, die dem Stück eine warme Aufnahme sichern. Geopfert wurde durchweg mit großem Geschick. Die mitwirkenden Genossen und im besonderen auch die Damen zeigten wieder einmal, was selbst Dilettanten zu leisten vermögen, wenn sie sich mit voller Hingabe ihrer Aufgabe widmen. Der Arbeitergesangsverein „Vorwärts“ hat sich mit dieser Veranstaltung sicher wieder einige neue Freunde erworben und auch den ausgesperrten Webern in Gremmischau wird sie voraussichtlich Nutzen bringen.

h. Schwelm, 7. April. Eine Versammlung des Soziald. Vereins findet am Sonntag, den 10. April im Vereinslokal bei Overhell statt. Die Tagesordnung besteht aus einem Vortrag, Stellungnahme zur Wahlkreis-Konferenz und zur Kandidatenfrage. Diese Punkte sind so überaus wichtig, daß ein guter Besuch dieser Versammlung selbstverständlich sein sollte. Die Genossen werden deshalb ersucht, dafür fleißig zu agitieren.

m. Hagen, 7. April. Die Versammlungen des soziald. Vereins finden von jetzt ab Donnerstag abends 8 1/2 Uhr alle 14 Tage statt. Die nächste Versammlung ist heute Donnerstag abend. Auf der Tagesordnung steht u. a. wichtigen Punkten: „Stellungnahme zur Kreisversammlung“. Dieselbe findet bereits am 24. d. M. statt.

„Verzeih mir! Verzeih mir!“ wiederholte er und, sich aufrichtend, fragte er:

„Kannst du mich noch lieb haben, Marianne?“

Zusammengelaufen, mit hochgezogenen Brauen sah sie da, tobt, starrte in die Lampe und nicht. Aber sie beantwortete nicht seine Frage, die sie ganz überhört hatte, sondern gab ihrer inneren Stimme Antwort, die ihr zurief, daß sie jetzt ihr Glück verlorste.

Dann legte sie ihre Hand auf sein Haar und betrachtete ihn beständig, wie jemand, den man nach langer Zeit zum erstenmal wiedertrifft. Er hatte auch gelitten, hatte tiefe Falten bekommen, und seine Wangen waren hohl geworden. Warum konnte sie seine Augen, seine Stirn, seinen Mund nicht mehr lieben? Warum nicht? Das alles hab' ich doch einmal lieb gehabt, dachte sie und strich durch sein Haar.

„Wir wollen wieder gute Freunde werden,“ sagte sie müde. Aber als er darauf seinen Arm um ihre Taille schlang, ergriff sie unüberwindlicher Widerwillen.

Er sprach lange auf sie ein, von seiner Schuld gegen sie, von seiner Liebe, daß alles noch gut werden könnte, daß sie ein neues Leben beginnen wollten. Sie starrte mit schwarzglühenden Augen ins Leere und trank ein Glas Wein nach dem anderen.

Um Mitternacht gingen sie ins Schlafzimmer. Das Fenster und die Tür zum Balkon standen offen. Er trat hinaus, während sie sich entkleidete. Dünnes Gewölz zog über den Himmel, durch das der Mond bald mähig weiß, bald bläulich schimmerte. Dunkel und gewaltig wölbten sich die Baumgruppen. In die tiefe Stille klangen plötzlich ganz nah süße Nachtigallenlaute.

„Willst du nicht hereinkommen?“ fragte Marianne.

„Ach, komm doch mal!“ — „Hör' nur!“

Sie trat auf den Balkon. Das lange Nachtgewand schleppte über ihre bloßen, in niedrigen Pantoffeln stehenden Füße.

„Die Nachtigallen sind wieder da. Hörst du?“ sagte er.

„Die schlagen doch schon seit einer Woche.“

„Ich hab' sie noch nicht gehört.“

Er hatte seinen Arm um sie geschlungen und hielt sie fest. Eine Art Rausch erfüllte ihn, wie einen Menschen der

c. Haspe, 6. April. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die nächste Mitgliederversammlung des sozialdemokr. Vereins am Sonntag, den 10. d. M., abends 6 1/2 Uhr im Lokale des Herrn S. Weber, Kölnstr., stattfindet. Die Tagesordnung: Bericht der Maifairkommission, Stellungnahme zum Organisationsstatut und zu der Kreisversammlung und Wahl der Delegierten zu derselben, Reichstagsanfragen und Verschiedenes bietet des Interessanten so viel, daß es Ehrensache eines jeden Genossen ist, in der Versammlung zu erscheinen.

### Altena—Herlohn.

n. Herlohn, 5. April. Die hiesigen Bauarbeiter stehen mit den Bauverwaltungen und Innungsverbänden auf dem Kriegsfuß. Die Zimmerer, Maurer und Holzarbeiter haben in diesem Jahre die „Freiheit“ befreit, ihren Arbeitgebern, die bisher eine wilde Tarifanarchie pflegten und hegten, einen Lohnzettel einzurichten. In diesem Lohnzettel war auch eine Lohnsteigerung um 2 Pf. die Stunde vorgesehen. Darob große Verstärkung im Lager der Arbeiter. Ganz besonders tat sich hervor der Oberpostmeister und freiwirtschaftliche Stadtratsverordnete Paurat Dooß. May befeuerte, daß nur die „besten Arbeiter“ bei der Lohnsteigerung in Betracht kommen könnten. Im übrigen habe die Arbeitsordnung für das Maurer-, Steinmetz-, Zimmerer- und Stuckateur-Gewerbe, welche von der freien Innung aufgestellt sei, zu gelten. Dieses Monstrum von „Arbeitsordnung“, die den Arbeitern nur Pflichten auferlegt, den Arbeitgebern allein nur Rechte zuteilt, verstoßt sogar in mehreren Punkten gegen die Gewerbeordnung. Zur Kennzeichnung dieses Innungs-Mias seien einige markante Stellen hier wiedergegeben. Der § 8 lautet: „Ist ein Arbeiter verhindert, zur Arbeit zu kommen, so hat er seinen Vorgesetzten nach § 3 sobald wie irgend möglich Nachricht zu geben, daß er nicht kommen könne, und mit der Ursache auch die Zeit annähernd anzugeben, wie lange er etwa verhindert sein werde. (In einem Entwurf hieß es sogar, daß, wenn der Arbeiter krankheitshalber fortbleiben müsse, er anzugeben habe, wie lange die Krankheit dauere! Großartige Idee! Der Berichterst.) Bei eigenmächtigem Fortbleiben (von der Arbeit ohne Anfrage und triftigen Grund) haftet der Arbeiter dem Meister gegenüber für den entstandenen Schaden. Statt dessen kann auch sofortige Entlassung erfolgen.“ Der § 11 schreibt vor: „Ist ein Arbeiter einen Auftrag eingegangen, so ist derselbe — unbeschadet der Vorschrift des § 124 der Gewerbeordnung — gehalten, auch wenn in der Ausführungszeit eine von ihm ausgegangene Kündigung rechtskräftig geworden, auf Verlangen des Meisters den Auftrag auszuführen.“ § 12 bestimmt: „Widerständigkeit gegen Vorgesetzte, ungebührliches Verhalten, Trunksucht, Unredlichkeit, Streichzucht, Nachlässigkeit bei der Arbeit, Ungehorsamkeit und absichtliches oder fahrlässiges Verberben der Werkzeuge oder sonstigen Eigentums des Meisters oder Bauherren, wofür voller Ersatz zu leisten ist, haben sofortige Entlassung zur Folge. Solche erfolgt auch in den in § 123 der Gewerbeordnung aufgeführten Fällen.“ § 13: „Das dem Arbeiter überreichte Handwerkszeug hat derselbe in reinlichem Zustande am Schlusse jeden Arbeitstages auf seinem Plage gehörig zu ordnen und zu verpacken. Für die übergebenen Werkzeuge ist der Arbeiter verantwortlich; fehlende Stücke hat er im Geldwerte zu ersetzen, welcher bei der Bezahlung in Abzug gebracht werden kann.“ Der § 22 lautet: „Das Rauchen und der Genuß geistiger Getränke (wieviele Innungsmeister so veranlassen die Arbeiter zum Genuß geistiger Getränke? D. V.), sowie das unvorsichtige Umgehen mit Feuer und Licht während der Arbeit ist auf das strengste untersagt. Wer hiergegen handelt, hat die sofortige Entlassung zu erwarten.“ Zum Schluß noch der § 23, der besagt: „Geringere Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Arbeitsordnung, welche jeder Arbeiter durch Eintritt in die Arbeit resp. durch Verbleiben in derselben fahrlässig oder absichtlich begangen, werden durch Geldstrafen bis zur Höhe eines halben Tagelohnes geahndet.“

Somit eine kleine Blütenlese aus der haarsträubenden „Arbeitsordnung“ für das Bauarbeitergewerbe, die den Arbeitern auferlegt werden soll. Mit Recht haben die Bauarbeiter in öffentlicher Versammlung dieses ungerechte Monstrum der Bauverwaltungen zurückgewiesen und beschlossen, den ungerechten Forderungen der Unternehmer eine starke Arbeiterorganisation gegenüberzustellen. Die Lage der Bauarbeiter ist in Herlohn sowie in Altena eine schlechte, ohne daß man an die Arbeiter weitere Forderungen stellt, ihnen weitere Pflichten auferlegt. Wie sieht es mit dem Bauarbeiter in Herlohn aus, der in Herlohn fast kaum zur Geltung kommt. Man braucht nur einen Spaziergang an den Neubauten vorbei zu machen und man kann die rumbelenden Ringe wahrnehmen. Wenn ein Unglück geschehen ist, dann trifft man wohlweislich Gegenmaßnahmen! Hier wäre es Pflicht der Gewerbeinspektion, energisch Remedur zu schaffen. Wenn die Arbeiter, die dem Gewerbeinspektor von den Ungerechtigkeiten Mitteilung machen, demüßigt werden und dadurch außer Arbeit und Brot geraten, so möge man ruhig dem Arbeitersekretariat davon Mitteilung machen, das das weitere veranlassen wird.

Aus welchem Dolze die Christlichen geschneit sind, kennzeichnet eine Auslassung des ultramontanen „Anzeigers“ zu

zum Tode verurteilt war, und dem nicht nur das Leben, sondern auch alles Glück des Lebens wiedergegeben ist.

„Ist das nicht schön? — Da — ein Zug,“ fuhr er nach kurzem Schweigen fort, auf das ferne Brausen lauschend. „Gott, die armen Menschen in den Coupees, die von alledem nichts empfinden. — Wo mag Erbsüß jetzt wohl sein? Welch eine Kraft steckt doch in dem Menschen! So krank und leidend — und diese Kraft! Dem muß ich dankbar sein. Wie darf ich das vergessen. Nicht wahr?“

Sie nickte. Tränen rollten über ihr Gesicht.

„Ach, hör' doch nur!“

Er hielt den Atem an, sie unwillkürlich fester umschlingend.

„Ja, warum läßt er auf alle Menschen diese Wirkung aus?“ — Nicht durch seinen Verstand. Er ist gar nicht besonders klug. Aber weil er ein lauterer Mensch ist! — Ich möchte so wie er werden. Klug durch Liebe. Denn — der Paß macht so dumm, aber die Liebe sieht in dunkelster Nacht.

— Ach du — hast du gesehen?“

„Was denn?“

„Eine Nachtigall flog vorbei. — Da auf dem Baum.“

Er streckte die Hand aus. Es war so still, daß man die Stille förmlich fühlte. Da schmetterte ihnen aus nächster Nähe ein Wohlklang entgegen, noch einer und ein dritter. In quellender Fülle, sinnbetörend. Sie schauerte zusammen, durch und durch ging ihr der Laut, als öffneten sich überall Wunden, aus denen wehvolle Sehnsucht blutete. Süßes Schluchzen schmachtete sie an, immer höher schwoll diese Musik gewordene Liebesbrunn. Und kaum war es still, da antwortete von dem nächsten Baum ein anderer Vogel. Und noch einer. So weit sich im ungewissen Dämmerlicht die Baumkronen wölbten, war die geisterhafte Mondnacht erfüllt von Wohlgeruch und Wohlklang, ein einziges, großes Liebeslager.

„Weißt du noch, Marianne?“ flüsterte er. — „Damals die Nächte.“

„Mich friert. — Komm!“

„Ja, komm!“

„Oh! sie sich wehren konnte, hatte er sie umschlungen und trug sie ins Zimmer.“

(Fortsetzung folgt.)

### Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(Nachdruck verboten.)

51)

### Fortssetzung.

Marianne suchte zuerst das Zimmer ihrer Schwiegermutter auf, während er in sein Arbeitszimmer ging. Aus offene Fenster tretend, mit beiden Händen seine Stirn unpressend, hob und senkte er immer von neuem seine erregte Brust. Ganz körperlich war dies Gefühl der Erlösung, das ihn überwältigte. Mit jedem Atemzug, den er ausstieß, fühlte er, wie ein Stück der furchtbaren Last sich löste.

Als dann sich sein Bewußtsein klärte, setzte er sich ermattet auf seinen Schreibtischstuhl. Aus dem obersten Schubfach holte er einen Revolver.

„Mein Gott, was bin ich für ein Mensch?“ sagte er laut, indem das Furchtbare, dem er so nah gewesen war, wieder vor ihn trat. Er versuchte die Patrone aus der Kammer herauszuziehen. Da ihm das nicht gleich gelang, legte er den Revolver auf seinen alten Platz und verschloß das Schubfach. Jetzt, wo die sinnlose Gewalt in seinem Innern vernichtet war, kam ihm sein Vorhaben unwahrscheinlich und wie die Ausgeburt eines Traumes vor. Und doch hatte er nahe davorgestanden.

Mein Leben wäre dann vernichtet gewesen. Einfach alles zu Ende, dachte er. Das hatte er sich auch damals gesagt. Aber es war ihm wie eine Kleinigkeit erschienen, wie die unabweisbare Folge einer notwendigen Tat.

Er hörte, daß die Tür zum Esszimmer geöffnet wurde, und ging hinüber.

„Deine Mutter schläft jetzt. Die Lampe hab' ich mitgenommen. — Ach, hier steht noch Wein,“ sagte Marianne und goß sich ein Glas voll ein, das sie mit gerungenen Zügen austrank.

Er kam langsam auf sie zu.

„Verzeih mir, Marianne,“ sagte er, indem er ihre Hand mit seinen bedeckte.

Sie suchte ihm ihre Hand zu entziehen und stammelte:

„Ich hab' nichts zu verzeihen.“

der Stellungnahme der Arbeiter zu der famosen „Arbeitsordnung“. Wie weit diese Stellungnahme berechtigt erscheint, können wir nicht beurteilen, da uns der Inhalt der „Arbeitsordnung“ unbekannt ist. Wir möchten nur die christlich organisierten Bauhandwerker vor unüberlegten Schritten warnen; umsonst, da die Arbeiter dieses Gewerbes es prinzipiell ablehnen werden, mit den „Freien“ irgendwie in Unterhandlung zu treten. Die Gründe zu diesem Verhalten werden in der Tendenz der „Freien“ Verbände zu liegen sein. Die Annahme ist jedoch wohl berechtigt, daß billige Wünsche und Forderungen unserer christlich organisierten Bauhandwerker ein gerechtes Ohr bei den Arbeitgebern finden werden.

Die förmliche Bemerkung von der Tendenz der „Freien“ zeigt die Christlichen in ihrer ganzen Herrlichkeit. Die Tendenz der Christlichen ist, Zwiespalt in die Arbeiterwelt zu säen. Der Rat an der Sache der Arbeiter zu üben. Sollen aber die Praktiken der Unternehmer zurückgewiesen, sollen Vorteile für die Arbeiter erzielt werden, so bedarf man dazu sämtlicher Arbeiter. Nur durch ein geschlossenes einheitliches Vorgehen liegt auch die Sache der Bauarbeiterschaft!

**k. Länderscheid.** 6. April. Die Kontrollversammlungen in diesem Frühjahr für die in der Stadt Länderscheid wohnenden Land- und See-Wehrmänner 1. Aufgebots, ausschließlich derjenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1892 eingetreten sind, Reservisten, Dispositionsurlaubter, zur Disposition der Ersatzbehörde entlassenen geübten und nicht-geübten Ersatzreservisten finden wie folgt statt:

- a) Referat-Infanterie Jahrgänge 1896 bis 1899 am 14. April 1904, nachmittags 2 Uhr,
- b) Referat-Infanterie Jahrgänge 1900 bis 1903 und Landwehr-Infanterie Jahrgänge 1891 bis 1893 am 15. April 1904, nachmittags 2 Uhr,
- c) Reserve der Garde und der übrigen Waffengattungen sowie der zur Disposition der Ersatzbehörde entlassenen am 16. April 1904, vormittags 9 Uhr. (Hierzu haben auch die bei der Provinzial-Infanterie gedienten Krankenträger, Krankenschwäger, Sanitäts-Mannschaften, Defonome-Handwerker und Büchsenmacher zu erscheinen.)
- d) Landwehr-Infanterie Jahrgänge 1894 und 1895, Landwehr der Garde und der übrigen Waffengattungen am 16. April 1904, nachmittags 2 Uhr. (Hierzu haben auch die bei der Provinzial-Infanterie gedienten Krankenträger, Krankenschwäger, Sanitäts-Mannschaften, Defonome-Handwerker und Büchsenmacher zu erscheinen.)
- e) Ersatzreserve Jahrgänge 1891 bis 1897 (das heißt solche, die in den Jahren 1871 bis 1877 geboren sind, am 18. April 1904, vormittags 9 Uhr,
- f) Ersatzreserve Jahrgänge 1898 bis 1903 (das heißt solche, die in den Jahren 1878 bis 1883 geboren sind) am 18. April 1904, nachmittags 2 Uhr, zu Länderscheid auf dem Loß.

### Partei, Polizei und Gericht.

Ein seltsamen Anwendung des Paragrafen vom groben Unfug ist der Genosse Linzweiler in Bochum, Bedakteur unseres dortigen Parteiblattes, zum Opfer gefallen. Er hatte gegen einen Wirt, der sein Lokal zu Versammlungen verweigerte, eine ironisierende Notiz veröffentlicht des Sinnes, daß er seine Wirtschaft wohl nur aus Liebhaberei betreibe, weil ihm ja die Arbeitergäste nicht mehr viel Mühe machen würden. Der Wirt fühlte sich beleidigt, stellte Strafantrag und die Staatsanwaltschaft erhob Klage aus § 185 wegen einfacher Beleidigung. In der Hauptverhandlung machte der Vorlesende den Angeklagten darauf aufmerksam, daß auch § 186 — Behauptung unwahrer Tatsachen — und grober Unfug in Frage kommen könne. Der als Junge anwesende Wirt erklärte nun aber, er fühle sich durch den Artikel nicht beleidigt, er habe aber Schaden durch ihn gehabt. Sein Bierumsatz sei erheblich zurückgegangen. Darauf wurde nun Linzweiler wegen groben Unfugs zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Er habe kein Recht gehabt, die Ehre des Wirts zu schädigen. Aber wo in aller Welt ist da nur der grobe Unfug?

### Vermischtes.

— **Der das kleine nicht ehrt...** Ueber eine peinliche Affäre in österreichischen Abgeordnetenkreisen berichtet dem Pester Lloyd zufolge ein polnisches Blatt aus Wien: In den letzten Parlamentstagen übergab ein dem Polenklub angehörtiger Abgeordneter einem Parlamentsdiener ein Paket mit der Weisung, es mittels Post nach Galizien zu schicken. Der Diener wollte das Paket umpacken, doch machte er dabei die Wahrnehmung, daß sich darin ein paar Laufend Vögel Briefpapier mit dem Aufdruck „Abgeordnetenhaus“, zahlreiche Leiste, sowie andere Schreibutensilien aus den Räumen des Abgeordnetenhauses befanden. Er erstattete hier von Meldung an die Polizeidirektion die sich sogleich mit dem Obmann des Polenklubs ins Einvernehmen setzte. Dieser ließ den Abgeordneten zu sich rufen und erteilte ihm wegen des groben Mißbrauchs einen strengen Verweis. Die peinliche Angelegenheit erregte im Abgeordnetenhaus unliebsames Aufsehen.

### Ueber den Nährwert des Alkohols

herrschen trotz aller Aufklärungsarbeit noch immer recht irige Anschauungen. Ein Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hat deshalb in dankenswerter Weise zwei farbige Drucktafeln über „Vernünftige Ernährung“ herausgegeben. Daraus ergibt man, daß man für eine Mark an Nährwert einheiten erhält: Bei Erbsen 1068, Kartoffeln 768, Reis 545, Gerst 382, Schinken 216, Obst 100, Schmalz 335, Zucker 322, Kuhmilch 444, Schokolade 752, Himbeersaft 90, Bier 60, Wein 33, Kognak 1, und Brantwein 0. In der Ausstellung für Arbeiterwohlstand in Charlottenburg ist dieser vollständige Aufklärungsmittel noch detaillierter dargestellt, indem man die Nährwerteinheiten der verschiedenen Nahrungsmittel, die man für eine bestimmte Summe erhält, in ihre Elemente zerlegt, und in Glasbehältern sichtbar dargestellt hat.

### Tages-Chronik.

• **Berlin.** 5. April. Aus dem Bivak bei Ovisforero wird telegraphiert: Bei der geringen Anzahl Verwundeter war es ausgeschlossen, die Spuren der flüchtigen Rebellen zu verfolgen. Gefangene Hererowen sagten aus, Kapitän Tetjo habe in dem Gefecht bei Ovisforero vom 13. März zwei Söhne verloren, außerdem 12 Tote und 13 Verwundete gehabt.

• **Bukarest.** 5. April. Auch in Rumänien war gestern ein Erdbeben zu verzeichnen. In Krajowa wurde das Gerichtsgebäude zerstört. Ebenso sind in anderen Orten Häuser zum Einsturz gebracht worden.

• **Bordeaux.** 5. April. Aus Dakar wird berichtet, daß der amerikanische Dampfer „Derad the Leader“ in der Nacht vom 6. auf den 7. März auf den Felsen gestoßen und gesunken ist. In Bord des Schiffes befanden sich acht Mann Besatzung und 36 Passagiere. Die Besatzung stürzte sich ins Meer und schwamm zu einem nahe gelegenen Leuchtturm.

Von dort wurde ein Rettungsboot abgelassen, welches von den 36 Passagieren, noch die Hälfte retten konnte, die übrigen waren bereits ertrunken.

• **London.** 6. April. Der Vizekönig von Indien telegraphiert: Die Reliquien der 2. April habe festgestellt, daß 2000 Thibetaner die Gänge-Strasse bei Dram verperrt, jetzt aber auf die Nachricht von der Niederlage bei Gurur auf Kotsafo sich zurückgezogen haben. Man glaubt, die Thibetaner würden sich auf Gänge zurückziehen.

• **Belgrad.** 5. April. Außer hier wurde das gestrige Erdbeben auch in verschiedenen Orten des Landes verspürt. In Vranja hat dasselbe großen Schaden angerichtet.

• **Sofia.** 5. April. In Kompanants drohten seit Samstag wegen Ermordung eines jungen Mazedoniers antisemitische Organe. Die Regierung hat Militär aufgeben und strengste Vorkehrungen getroffen. Trotz der Erklärung einer ärztlichen Kommission, daß kein Ritualmord vorliege, heizen die Agitatoren die Bewohner gegen die Juden auf.

• **Konstantinopel.** 6. April. Nach den auf den Votischen eingelaufenen Depeschen gährt es in Konstantinopel unter der türkischen Bevölkerung infolge der fortgesetzten Anschläge der Komitadschis und der Untätigkeit der Zivilagenten derart, daß die Europäer ihre Häuser nicht zu verlassen wagen und man ernstliche Unruhen in der Stadt befürchtet.

• **Saloniki.** 5. April. Gestern Abend wurden hier zwischen 11 und 12 Uhr drei lang anhaltende Erdbeben verspürt, welche die Bevölkerung in Unruhe versetzten. Auch an Eisenbahnstationen wurden Erdbeben gemeldet. Mehrere Stationshäuser haben Beschädigungen oder Risse erlitten. Das Erdbeben zog sich bis nach Konstantinopel hin.

### Civilstand der Stadt Eberfeld.

**Aufgebote.** 28. März. Walter Hermann Thienes, Expedient, hier u. Emma Anna Westmeier, Boerde. — Wih. Karl Ammer, Bureauleiter, Wilhelmstr. u. Rosine Elisabeth Greul, Barmen. — Ewald August Brögeler, Fabrikarb., Barmen, früher hier u. Henriette Weiden, Barmen. — Wih. Lange, Metzger, Blumenstraße u. Sophie Köllnied, Barmen. — Karl Anton Knipping, Feuerwehrr., Aue u. Emilie Joh. Böhmert, Barmen. — Eugen Jungblod, Restaurateur u. Johanna Sophia Elisabeth. — Friedhof, beide Barmen. — Ferdinand Heilmann, Schneider, Alexanderstr. u. Paulina Dintel, Wieders. — Josef Hohmann, Maurer, hier u. Maria Johanna Hohmann, Wieders. — Georg Heinrich Wilhelm Lumbel, Kaufm. u. Marie Marianne Friederike Karol. — Friedhof, beide Barmen. — Friedrich Wih. Fabrikarb., Bombachstraße u. Maria Klein, Carnapstr. — Hugo Vogel, Rademeister, Hamburg u. Helene Tahn, Gröfenberg. — 29. März. Paul Janßen, Baubeamter, Ludwigstr. u. Paula Stein, Friedrichstraße. — Fern. Herder, Schneider, Neugierstr. u. Elisabeth Stahl, Weinbergstr. — Artur Ammer, Fabrikarb., Hauptstr. u. Laura Müller, Gesundheitsstr. — Friedrich von Busch, ant. Porz., Fabrikarb., Wieden u. Eugenie Strot, Altemarkt. — Karl Albert Schütte, Konditor, hier u. Emilie Weher, Hühnerstr. — Friedrich Karl Heinrich Kesting, Fuhrmann, Barmen u. Anna Weber, Barmen.

**Geburtsanzeigen.** 28. März. S. v. Altmeyer Kaldenhoven, Schanitz. — T. v. Maurerhandl. Saam, Tiergartenstr. — Wih. v. Fabrikarb. Geier, Barmen. — T. v. Kiser Fahn, Barmen. — S. v. Kommis. Kuhlmann, Gartenstr. — T. v. Maurer. — 29. März. S. v. Eisenbahnarb. Koch, Reviandstr. — T. v. Tagelöhner Engels, Eichenstr. — T. v. Kommis. Vovermann, Eichenstr. — T. v. Fabrikarbeiter Dintel, Wieders. — S. v. Profurist Ed. Vereinst. — S. v. Härber Kammergänger, Ravensbergerstr. — T. v. Pader Puffschmidt, in den Stöcken. — S. v. Fabrikarb. Böhmert, Hühnerstr. — S. v. Schloffer Feuring, Ravensbergerstr.

**Todesanzeigen.** 28. März. S. v. Plasterer Feitenbach, Eichenstr. — S. v. Sandformer Koch, Hühnerstr. — T. v. Tagelöhner Koch, Hühnerstr. — S. v. Fabrikant Kuhlmann, Eichenstr. — T. v. Beton-Bauunter. Moebes, Bienenstr. — T. v. Schreiner Wöhner, Hühnerstr. — S. v. Tagelöhner Wöll, Paraderstr. — T. v. Postbote Seifert, Hofstr. — T. v. Hilfsarbeiter Naabe, Barmen. — S. v. Wagenführer Weich, Hühnerstr. — S. v. Sanitätsfeldwebel Obertel, Hühnerstr. — T. v. Härber Zimmermann, Ravensbergerstr. — T. v. Härber Steves, Hühnerstr. — T. v. Fuchdruckermeister Plattermüller, Neuentrich. — S. v. Aufseher Feil, Simonsstraße. — T. v. Kaufmann Seid, Hühnerstr.

**Todesanzeigen.** 28. März. Anna Rumberg, gewerbl., 63 J., ledig, Hühnerstr. — Erich Klein, 1 J. 5 M., Söhne, — Arne Engel, 9 J. 5 M., Wehnerstr. — Emma Müller, 2 J. 10 M., Eichenstr. — Emma Siebenmann, gewerbl., 74 J., ledig, Wehnerstr. — Albert Herold, 2 M., Ravensbergerstr. — Ferdinand von der Hüh., gewerbl., 69 J., Ehem., Neuentrich. — Albert Korfmann, 10 M., Ravensbergerstr. — Emma Schmitz, 1 J. 10 M., Hühnerstr. — 29. März. Karl Naumann, Zimmerer, 25 J., Ehem., Hühnerstr. — Friedrich Polberg, 11 M., am Thurn. — Konrad Schmidt, gewerbl., 74 J., Ehem., Schöneberg. — Eberhard des gewerbl. August Stodmann, 41 J., Altemarkt. — Eberhard Schumacher, 4 J., Hühnerstr. — Paul Leonhardt, Handlungslehrl., 19 J. 4 M., Hühnerstr. — August Linder, Handl., 34 J., Ehem., Eichenstr. — Karl Ewig, Schleifer, 60 J., Ehem., Königsstr.

### Civilstand der Stadt Barmen.

**Aufgebote.** Fabrikarb. Heinrich Karl Schrewe, Hühnerstr. u. Laura Dries, Hühnerstr. — Lagergehilfe Hermann Klaidied, Hühnerstr. — Emma Maria Hubner, Eichenstr. — Wih. Wilhelm Lange, Eberfeld u. Sophie Köllnied, Ravensbergerstr. — Wih. Meier, Friedrich Wilhelm Grimm, Ravensbergerstr. u. Emilie Henriette Krumme, Schönbühlstr. — Fabrikarb. August Johann Gustav Böller, Klingelstr. u. Helene Schmin, in der Weinbach. — Bureauleiter Wilhelm Karl Ammer, Eberfeld u. Rosine Elisabeth Greul, Hühnerstr. — Wih. Hugo Niemand, Gewerkschaftstr. u. Selma Brinmann, Wehnerstr. — Arbeiter Ewald August Brögeler, Hühnerstr. u. Henriette Weiden, Hühnerstr. — Metzger Paul Bernhard Bög, Eichenstr. u. Maria Schellenbach, Hühnerstr. — Feuerwehrr. Karl Anton Knipping, Eberfeld u. Emilie Johanne Böhmert, Hühnerstr. — Handlungsgehilfe Ernst Adolf Tillmanns, Hühnerstr. u. Emilie Helene Krüner, Oberdörnerstr. — Schloffer Eugen Schödel, Eichenstr. — Johann Seidmann, Hühnerstr. — Wih. Angelo Felice Veroli, Gärtenstr. u. Theresie Amalie Antonie Thiermer, Hühnerstr. — Schneider Johann Georg Scheler, Hühnerstr. — Anna Maria Morisch, Eberfeld u. Fabrikarb. Karl Friedrich August Heisenberg, Ravensbergerstr. u. Ida Freund, Eiche, Gemeinde Hühnerstr. — Reichsbank-Assistent Hermann Christian Müller, Hühnerstr. u. Helene Friederike Emilie Sälzer, Hühnerstr. — Goldarb. Franz Wladislaw Kolodinski, Hühnerstr. u. Helene Gertrud Böb. Witten. — Portefeinier Joh. Lauer, Hühnerstr. u. Emilie Christiane Lauer, Hühnerstr. — Dreher Ernst Dörhöf, Hühnerstr. u. Wih. Eime. Duda Guntz, Hühnerstr. — Fabrikarb. Heinrich Ewald Koch, Hühnerstr. u. Wih. Helmine Maria Strade, Hühnerstr. — Maschinenführer Johann Franz Emil Votenberg, Hühnerstr. u. Emma Ledebich, Hühnerstr. — Bandwirter Walter Friedemann, Hühnerstr. u. Emilie Bertha Rügeberg, Hühnerstr. — Wih. Wilhelm Albert Sauer, Eichenstr. u. Auguste Hedwig Gärner, Hühnerstr. a. d. R. — Profurist Julius Perm. Klippers, Hühnerstr. u. Johanne Auguste Elisabeth Blüte, Hühnerstr. — Wih. Eugen Rothaus, Hühnerstr. u. Anna Kaiser, Hühnerstr. — Fuhrm. Friedr. Karl Deim. Kesting, Hühnerstr. u. Anna Weber, Eberfeld.

**Geburtsanzeigen.** S. v. Fabrikarb. Brunk, Schwarzbachstr. — S. v. Fabrikarb. Nebensburg, Oberdörnerstr. — T. v. Schneider Hühnerstr. — T. v. Fabrikarb. Dönsberg, Oberdörnerstr. — T. v. Fabrikarb. Döhmann, Hühnerstr. — S. v. Bandwirter Dehnert, Hühnerstr.

— S. v. Tagelöhner Koster, Wehnerstr. — T. v. Fabrikarbeiter Henning, Schwarzbachstr. — S. v. Handlungsgehilfe Peters, Hühnerstr. — T. v. Maurer Linke, Hühnerstr. — S. v. Härber Wied, Hühnerstr. — T. v. Fabrikarb. Sutor, Hühnerstr. — Todesanzeigen. Händler Ewald Trohn, 58 J., Hühnerstr. — August Rudolf Blath, 11 M., Hühnerstr. — Wih. Heinrich Scherf 2 J., Hühnerstr. — Lehrer Wih. Vogt, 42 J., Hühnerstr.

### Kontroll-Versammlungen in Barmen im Frühjahr 1904.

Kontrollplatz: Barm., Hof des Bezirkskommand. Ludwigstr. 20.

Es haben teilzunehmen:

**I. Provinzial-Infanterie.**  
Buchstabe A—K.  
Donnerstag 7. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1897  
Donnerstag 7. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1896  
Freitag 8. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1895

Buchstabe L—Z.  
Freitag 8. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1903—1901  
Sonntag 9. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1900  
Sonntag 9. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1899  
Dienstag 12. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1896  
Dienstag 12. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1895

Buchstabe A—Z.  
Mittwoch 13. April, vormittags 8 Uhr, die Jahresskl. 1894  
Mittwoch 13. April, vormittags 10 Uhr, die Jahresskl. 1893  
Donnerst. 14. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1892  
mit Ausnahme derjenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September eingetreten sind.

Donnerstag 14. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1891.

**II. Spezialwaffen (einschließlich Garde, auschl. Marine).**  
Freitag 15. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1903—1901  
Freitag 15. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1900  
Sonntag 16. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1899  
Sonntag 16. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1898  
Dienstag 19. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1895  
Dienstag 19. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1894  
Mittwoch 20. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1893  
Mittwoch 20. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1892  
mit Ausnahme derjenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September eingetreten sind.

Mittwoch 20. April, nachm. 2 Uhr, die Jahresskl. 1891.

**III. Ersatz-Reserve.**  
Donnerstag 21. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1903—1901  
Donnerstag 21. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1900  
Freitag 22. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1899  
Freitag 22. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1898  
Sonntag 23. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1897  
und die zur Disposition der Ersatzbehörde entlassenen Mannschaften.

Sonntag 23. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1896  
Montag 25. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1895  
Montag 25. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1894  
Dienstag 26. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1893  
Dienstag 26. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1892  
Mittwoch 27. April, vorm. 8 Uhr, die Jahresskl. 1891

**IV. Marine.**  
Mittwoch den 27. April, vorm. 10 Uhr, die Jahresskl. 1903—1891 mit Ausnahme derjenigen Mannschaften der Jahresskl. 1892, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September eingetreten sind.

Aus Anlaß der abgelaufenen Landtagswahlen finden am 11. und 18. April in Barmen keine Kontrollversammlungen statt.

Die an diesen Tagen befohlenen Versammlungen werden auf den 28. bezw. 29. April verlegt.

Es haben demnach zu erscheinen:

am 28. April, vormittags 8 Uhr, die Jahresskl. 1898 der Provinzial-Infanterie, Buchstabe A—Z,  
am 28. April, vormittags 10 Uhr, die Jahresskl. 1897 der Provinzial-Infanterie, Buchstabe A—Z,  
am 29. April, vormittags 8 Uhr, die Jahresskl. 1897 sämtlicher Spezialwaffen, einschließlich Garde, ausschließlich Marine,

am 29. April, vormittags 10 Uhr, die Jahresskl. 1896 sämtlicher Spezialwaffen, einschließlich Garde, ausschließlich Marine.

Die dauernd halbinvaliden Mannschaften haben an den Kontrollversammlungen ihrer Waffe und Jahresskl. teilzunehmen.

Sämtliche Mannschaften haben ihre Militärpapiere zu den einzelnen Kontrollversammlungen mitzubringen, an denen gleichzeitig eine Revision daraufhin stattfindet, ob die Mannschaften zugehörigen Kriegsverordnungen bezw. Patznotizen den Militärpässen vorgelegt sind.

Um Zeitverlust zu vermeiden, wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß „Jahresskl.“ das Jahr des Diensttritts bezw. die auf dem Deckel des Militär-Passes befindliche Jahreszahl bedeutet.

Unentschuldigtes Fernbleiben hat Arreststrafe zur Folge, ebenso das Erscheinen zu einer anderen Kontrollversammlung als der vorgeschriebenen.

### Königliches Bezirks-Kommando.

### Schneider's Kinder-Bisquits

sind in sämtlichen Verkaufsstellen der

Consumgenossenschaft „Vorwärts“, Barmen,

„Befreiung“, Eberfeld,

„Einigkeit“, Barmen,

Allgemeiner Consumverein Hagen,

Häse,

Consumverein „Haushalt“, Delbert,

Bonsdorfer Consumverein zu haben.

### Restaurant E. Meister, „Zur Schönebeck“

Telef. 1378. Barmen, Schönebeckstr. 33. Telef. 1378.

bringt seine großartigen Lokale bei Verabreichung vorzüglicher Speisen und Getränke in empfehlende Erinnerung.

Hierzu empfehle meine neuerbauten

Saal, ca. 100 Personen fassend

sowie separate Gesellschaftszimmer zur Abhaltung von Versammlungen und allen vornehmenden Festlichkeiten.

Neu angelegte Regalbahn sowie Billard stehen zur gefälligen Verfügung.

### Eberfeld

Erscheint jeden Sonntag außer Sonntagen Abonnementspreis pro Monat in Eberfeld auswärts 70 Pf. Bei der Post unter 2 Mark pro Einzel-Exemplar

Telegraphisch: Freie Presse

Druck

Dampf-Druck u.

Die De

• Nun h

Sozialdemokrat

nommen. Wir

gehenden Bericht

daß die Wäh

Weise diskutiert

konnte in der S

Sozialdemokrat

als daß sie in

tum, wie es in

schiedenheit zur

terlich nicht be

des Reichstags

Monatsheften u

lomitees und

Dieser Art

reichlich Natur

Blätter war er

aus der Feder

neten bestatigt

seinen Platz h

mandiert werd

hätten und d

freien Meinun

Eugen Richter

daß sie an ein

Wktion nicht m

gehörigend, d

wechseln — w

im Leibe gebl

die Sozialdem

Gerade die Jo

schickte Jurist

Oegern so re

liefert. Wir

fahr bringen,

Meinungsäuße

alles so wund

auch hier in d

Durchführbar

führbar, weil

galitischen G

in der kapitali

aufkommen

idealer W

Technik de

herrschenden

Partei, um d

bringen, völli

der Dinge

entweder die

sonen, Führ

reiche Positi

nisation,

Partei für

dieser un

einen Stamm

harter Arbeit

infolged

auf dem A

daß das letz

strategischen

heutigen Verh

da bei am

auf das erla

wenn man di

es vielleich

Individualit

solchen Führ

aber kein wal

welche uns d

Es mag

bürgerlichen

trotz seiner

praktische Ar

mit sieben St

Er erscheint

Schritt zum

gewürzt mit

schmelzen

Wassfall eben

gekommen ist

Unserer

einen festen

satz, dem Pro